

Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei W. H. Schimpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum, Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfachkonto Dortmund Nr. 5695. Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Nr. 51.

Donnerstag, den 22. Mai 1924.

96. Jahrgang.

Das Gutachten über die Arbeitszeit.

Die Sachverständigen-Antwort.

v. Berlin, 21. Mai. Der Arbeitsminister hatte den sechs juristischen Sachverständigen folgende Frage gestellt:

Welche Arbeitszeit galt am 1. Mai 1924 im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau?

Die Antwort der Sachverständigen lautet:

Am 1. Mai war die Arbeit in folgender Weise geregelt:

1. Die normale Arbeitszeit betrug 7 Stunden nach Maßgabe des § 2 des Manteltarifs.
 2. Zugleich bestand die Verpflichtung zur Leistung einer Ueberstunde nach Maßgabe des Tarifabkommens vom 29. November 1923.
 3. Bei der Schwierigkeit der rechtlichen Beurteilung ist nicht anzunehmen, daß die Weigerung der Arbeitnehmer zur Leistung der Ueberstunde auf ein schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten zurückzuführen ist.
- Nach diesem Gutachten ist der von den Arbeitgebern in der Arbeitszeitfrage eingenommene Standpunkt von den Sachverständigen als rechtlich einwandfrei anerkannt worden.

Berlin, 21. Mai. Zu dem Rechtsgutachten der Sachverständigen im Ruhrstreit werden die Sachverständigen eine Begründung ausarbeiten, die der Veröffentlichung gleichfalls mitgeteilt werden wird.

Eine Einladung Nechts.

v. Berlin, 21. Mai. Der Reichs- und Staatskommissar Nechts hat die Parteien des Ruhrbergbaues zu Freitag vormittag 10 Uhr nach Essen zur Besprechung der schwebenden Streitfragen eingeladen.

Zunehmende Gefährdung der Bechen.

Essen, 21. Mai. Nach den vorliegenden Meldungen von den Ruhrkohlenzechen sind auf fast der Hälfte der Bechen die Notstandsarbeiten unter dem Druck des Terrors eingeleitet worden. Dauert dieser Zustand einige Zeit an, dann gehen auf diesen Bechen viele Streiken zu Bruch. Die Aufständigen, wenn sie dann von den Bechen bei der ungeheuren Kreditnot überhaupt noch vorzogenommen werden kann, wird längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Erzwingung der Einstellung der Notstandsarbeiten wird zur Folge haben, daß ein sehr erheblicher Teil der Bergarbeiter auch nach beendeten Kampf noch eine Zeitlang streiken muß.

Bedrohung der Arbeitswilligen.

Ueber die Lage im Ruhrgebiet erfahren wir von zuständigen Stellen folgendes: Auf einigen Bechen in Necklinghausen und Herken mehr sich die Zahl der Arbeitswilligen, die aber machtlos sind, da die Kommunisten alle Arbeitswilligen an den Gangsstraßen abfangen und verhaften, daß sie den Bechenplatz betreten. Auf dem Wege von Scherkes nach Necklinghausen sind Nachfahrerpattrollen festgestellt worden, die anscheinend die Arbeitswilligen abfangen sollen. In einzelnen Orten fanden Befragungen der Arbeitswilligen statt. A. a. war das in Utenbochum der Fall. In Bottrop wurde die Begeßer 3 einige Zeit von den Regieren befestigt. Die Begeßer liefert das Gas für die Stadt Bottrop. Es wird daher angenommen, daß die Befragung erfolgte, um die Gaslieferung sicherzustellen.

Necklinghausen, 21. Mai. Von unterrichteter Seite erfahren wir noch über die Vorgänge bei Warf, daß es sich dabei in der Hauptfrage um die blühenden Befragungen von Arbeitswilligen gehandelt hat, wie sie auf einer ganzen Anzahl von Bechen in den letzten Tagen zu beobachten waren. Es ist überdies nicht zureichend, daß dabei die Polizei des ganzen Necklinghauser Bezirks alarmiert war. Aus einem weiteren Bericht ergibt sich, daß alle diese Vorfälle offenbar auf kommunistische Begeßer zurückzuführen sind.

Fortmund, 21. Mai. Die Verwaltung des Eisenwerks Union macht bekannt, wenn in der Bergbauangelegenheit nicht bald eine Klärung erfolgt, würde die Union gezwungen sein, sehr bald das ganze Werk stillzulegen.

Gefährdung der Kruppischen Fabrik.

v. Essen, 21. Mai. Der Rohlenmangel droht auch den Betrieb der Kruppischen Fabrik lahmzulegen. Das Direktorium wird morgen früh über die etwaige Stilllegung beraten. Eine von Berliner und Essener Blättern gebrachte Nachricht, daß die gesamte Kruppische Fabrik stillgelegt wird, ist daher als verfrüht anzusehen.

Die Hilfsmaßnahmen.

Gesentkranken, 21. Mai. Die Spelung der durch den Ruhrkonflikt in Not geratenen Bergarbeiterfamilien hat sich in den wenigen Tagen ihres Bestehens außerordentlich umfangreich gestaltet. Während am ersten Tage etwa 7000 Portionen verausgabt wurden, stieg diese Zahl am dritten Tage schon

auf 25 000, und man rechnet für morgen mit 30 000 Portionen, die ausgegeben werden müssen. Natürlich ist die Stadt in keiner Weise auf einen derartigen Massenbetrieb vorbereitet, so daß, wie aus einer amtlichen Bekanntmachung hervorgeht, von morgen ab nur die Hälfte der angemeldeten Portionen verabfolgt werden kann. Welche Mengen hierbei verteilt werden, ergibt sich daraus, daß am heutigen Tage 81 Zentner Kartoffeln verbraucht wurden. Die Organisation ist natürlich auch nicht ganz reibungslos durchzuführen. Bisher sind aber keine Weiterungen durch unzufriedene Essensteller entstanden.

Keine Unterführungen seitens des Alten Bergarbeiterverbandes.

Der Vorstand des Alten Bergarbeiterverbandes macht bekannt, daß „mit Rücksicht auf den Kampf, den der Verband gegen die Bergbauunternehmer zu führen habe“ der Vorstand beschlossen habe, vom 18. Mai ab sämtliche Unterführungsleistungen bis auf weiteres einzustellen.

Schlichtungsverhandlungen im sächsischen Kohlenbergbau.

TU. Dresden, 21. Mai. Im sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium haben unter Vorsitz eines vom Reichsarbeitsminister gestellten Schlichters Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes im sächsischen Kohlenbergbau stattgefunden. Auf Veranlassung des Schlichters werden die Verhandlungen am kommenden Freitag in Berlin fortgeführt werden.

Der Ernst der Lage.

Es ist geradezu erstaunlich, was für eine Unkenntnis man auch in gebildeten Kreisen über die Lage des Bergbaues und der weiterverarbeitenden Industrie antrifft. Diese Lage ist darüber darf man keinen Augenblick im Zweifel sein, außerordentlich ernst, und sie wird es mit jedem Tage mehr. Je länger die Bechen stillliegen, umso schwieriger wird es sein, sie wieder in Gang zu bringen. Dazu gehört nicht nur viel vorbereitende Arbeit, sondern auch Kapital und wieder Kapital. Woher sollen die Werte dieses nehmen? Letztlich ist, daß wir über nennenswerte Mengen flüssiger Gelder im Inlande gar nicht verfügen, denn das frühere Volksvermögen ist, soweit es flüssig war, längst ein Opfer der Inflationssage geworden. Das kommt, daß die Reichsbank die Kreditvergabe fast eingestellt hat. Es ist nur ein Ausbruch unserer gegenwärtigen Geldnot, wenn selbst Werte von Beliebigkeit keine nennenswerten Kredite erhalten können. Das Ausland gibt keine Gelder her, solange unsere Arbeitslosigkeit ihm kein Vertrauen einflößt. Zudem ist in Deutschland jetzt mit vermehrter Heftigkeit der Kampf um die Arbeitszeit entbrannt, bei dem Bergbau und Industrie schon aus reinem Selbsthaltungstrieb auf den Standpunkt stellen müssen, daß wir mit der bestmöglichen Arbeitszeit nicht mehr durchkommen können. Die linksstehenden Parteien sind sich sehr wohl der Notwendigkeit bewußt, aber sie wagen es nicht, diesen Arbeitern zu sagen. Auch die Regierung hat bisher nicht den Mut gefunden, in der Arbeitszeitfrage eine klare Stellung einzunehmen. In der Inflationssage spielt diese Frage schon deshalb eine untergeordnete Rolle, weil unsere Industrie infolge der ständigen Entwertung auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig blieb. So es gab eine Zeit, wo man im Ausland mit Schrecken auf die deutsche Preisunterbietung dachte. Daß die damalige Unterbietung der Weltmarktpreise volkswirtschaftlich ein schwerer Fehler war, weil wir auch in den Inflationsjahren eine passiv Handelsbilanz hatten, hat man leider zu spät eingesehen, und es war dann nachher sehr schwer, dem Rückgang auf die Substanz des Volksvermögens Einhalt zu tun.

Die Arbeitszeitfrage war wurde sofort zu einer der schwierigsten sozialpolitischen Aufgaben, als wir im Spätherbst vorigen Jahres die Notenpresse stilllegten und mit der Rentenmark ein wertbeständiges Zahlungsmittel schufen. Damals erklärten sich die Arbeiter zur Einhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit bereit, mehr zu arbeiten. Durch diesen Entschluß erhielt die neue Währung erst ihr Rückgrat, denn das Ausland gewann Vertrauen zu unserer Zukunft. Ohne ein solches ist aber eine feste Währung nicht denkbar. Es kommt keineswegs ausschließlich darauf an, daß eine Währung in möglichst großem Umfange durch Gold gedeckt ist. Dann hätte die russische Währung der Vorkriegszeit und auch die neue Goldwährung des Sowjetstaates höher bewertet werden müssen, als sie es tatsächlich war bzw. noch ist. Der Bergbau und die weiterverarbeitende Industrie wollen also wettbewerbsfähig bleiben, sie können das aber nur, wenn sie ihre Unkosten verringern. Gelingt ihnen das nicht durch eine Steigerung der Arbeitsleistung — eine Erhöhung der Preise oder Verminderung der Löhne ist ausgeschlossen — dann weiß man nicht, was aus dem Ruhrgebiet werden wird, besonders für den Fall, daß der gegenwärtige Konflikt noch andauern sollte, denn die Folgen der Stilllegung lassen sich auf die Dauer immer schwerer überwinden.

Man macht sich auch in der Öffentlichkeit keinen rechten Begriff davon, wie groß bereits für viele noch im Gang befindliche Industriezweige die Schwierigkeiten hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Betriebes geworden sind. Bedeutende Werke, so das Stahlwerk Herder, haben Geschäftsaufsicht beantragen müssen. Die steuerliche Belastung beträgt bereits jetzt 5-6 Prozent des Gesamtvertrages. Die Lohnsummensteuer erreicht das Hundsfache der Friedenssätze, während das Gewerbesteuer mit 1,2 Prozent belastet ist. Das sind 20 Prozent Abgabe vom Ertrage. Wir haben, wenn die gegenwärtige Lage andauert, mit Zahlungseinstellungen in großem

Umfange zu rechnen. Dazu kommen für Industrie und Bergbau im bestesten Gebiet noch die Abgaben für die Mium. Demgegenüber wollen etwaige Steuererhöhungen nichts beugen, sie sind gegenüber der Höhe der eigentlichen Belastung ganz unerheblich. Daß auch die Gemeinden durch die Krise im Bergbau außerordentlich belastet werden, ist selbstverständlich. Die Steuern gehen natürlich nicht mehr in derselben Höhe wie unter normalen Verhältnissen ein. Andererseits erhalten die Gemeinden ebenfalls keine Kredite. Sie sind daher gezwungen, im gegenwärtigen Konflikt ihre Hilfsmittel auf das notwendige Maß zu beschränken. Sonst droht ihnen, wenn der Kampf noch länger dauert, der Zusammenbruch. Jedenfalls ist vor allem das eine zu fordern, daß möglichst schnell eine tragbare Einigung über die Ausföhrung des Sachverständigen-Gutachtens zustande kommt, damit die gegenwärtigen Sonderlasten des beletzten Gebietes auf die breiteren Schultern des Reiches gelegt werden können. Dann wird auch das Ruhrgebiet in der Entlohnung wieder mit dem unbestrittenen Gebiet Schritt halten können, denn das der Bergmann für seine schwere und gefährliche Arbeit ausreichend entlohnt werden muß, darüber herrscht wohl nur eine Meinung. Die Hauptsache ist und bleibt also, daß durch eine allgemeine Regelung der Reparationsleistungen die Sonderbelastung des Ruhrgebiets aufhört, damit die Ruhrkohle — oberflächliche Kohle kommt schon jetzt nach Hamm und Bielefeld — wettbewerbsfähig bleibt.

Sehr wichtig ist auch, daß man im Bergbau zu einer Verringerung der Knappschaffungskosten kommt, denn ein Beitrag von 40-50 Pfg. je Schicht ist für den Arbeiter zu hoch, zumal doch noch der Abzug für Steuern hintritt. Die Werte müssen jeweils den gleichen Betrag an die Knappschaffungskasse abführen, der von einem Arbeiter bezahlt wird. Auch dies muß in den Kohlenpreis eingerechnet werden. Wohin man also blickt, zeichnet sich in erschreckender Deutlichkeit die ernste Lage ab, in der sich gegenwärtig die Industrie und der Bergbau des Ruhrgebiets befindet, und es hilft nichts, dabei irgend etwas beschönigen zu wollen. Wenn so große Werte wie der Bochumer Verein über Kreditwürdigkeitsfragen, wenn die Beschaffung von Rohen und Gehältern den Verwaltungen der großen Unternehmen allergrößte Sorge bereitet, so wird man umso mehr wünschen müssen, daß die gegenwärtige Krise, soweit sie durch die Lage im Ruhrbergbau hervorgerufen ist, baldigt beendet werde. Darüber hinaus muß das Ausland wissen, daß Deutschland gewillt ist, schwer zu arbeiten, um wieder wirtschaftlich emporzukommen, damit es uns die zur Inangabeberung der Wirtschaft so dringenden notwendigen Kredite zur Verfügung stellt, sobald die Reparationsfrage gelöst ist.

Der neue Haushaltsplan des Reiches.

TU. Berlin, 21. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird der Reichsrat in seiner nächsten Sitzung, die auf den heutigen Donnerstag angelegt ist, mit der Beratung des Reichshaushaltsplanes für 1924 beginnen. Der Reichsfinanzminister hat zu diesem Zweck einen neuen abgeänderten Entwurf des Etats aufgestellt, der sich von dem bereits vor wenigen Wochen schon einmal vorgelegten Entwurf in verschiedener Hinsicht unterscheidet. Der jetzige Entwurf ist nach dem Stande vom 1. April d. J. aufgestellt und berücksichtigt ganz besonders die durch den Personal- und Verwaltungsabbau erzielten Ersparnisse auf der einen Seite und die auf der anderen Seite. Nach dem neuen Entwurf erfordert der Etat des Reichspräsidenten einen Aufschuß von 250 000 M., der Etat des Reichsministeriums, des Reichsfanzlers und der Reichsfinanzlei einen Aufschuß von 370 000 M. Die Ausgaben für Heer und Marine sind mit 450 000 000 M. veranschlagt, davon entfallen auf die Marine rund 100 Millionen. Das Ministerium für die besetzten Gebiete, für das zum ersten Male ein eigener Etat aufgestellt ist, das aber als künftig wegfallend bezeichnet wird, erfordert einen Aufschuß von rund 6 Millionen Goldmark. Das Reichsjustizministerium hat sogar Ueberfülle zu verzeichnen. Hier stehen den Einnahmen von 800 Millionen M. Ausgaben in Höhe von 700 Millionen M. gegenüber. Von den Einnahmen sind bemerkenswert die Gerichtsgebühren in Höhe von 300 000 M. und die Einnahmen aus patentamtlichen Gebühren in Höhe von rund 6 1/2 Millionen M. Der Reichstag erfordert einen Aufschuß von 4 Millionen M. Beim Rechnungshof des Reiches beträgt der Aufschuß rd. 1 1/2 Millionen M. Der allgemeine Pensionsfonds schließt mit einem Aufschuß von 894 Millionen M. ab. Der Reichswirtschaftsrat erfordert einen Aufschuß von 573 000 M. Da die Etats des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums der Begutachtung des Reichsrates und des Reichstages nicht mehr unterliegen, ist dem Reichsrat nur ein Nachweis über das erforderliche Ministergehalt vorgelegt worden.

Der Organisationsausschuß für Industrieobligationen.

Paris, 21. Mai. Die Reparationskommission hat ihre übliche Sitzung zur Erlebung der laufenden Angelegenheiten abgehalten. Der Organisationsausschuß für die deutschen Industrieobligationen wird an einem in aller Kürze zu bestimmenden Tage zusammengetreten.

Die Vorarbeiten zum Sachverständigen-Gutachten.

Wie wir erfahren, hat die Reichsregierung bereits die erforderlichen Geheimschriften zur Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens fertiggestellt. Die Vorarbeiten werden dem neuen Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt zugehen. Von deutschnationaler Seite war gemeldet worden, daß die Reichsregierung die Absicht habe, ein Abkommen über die Durchführung der Sachverständigen-Gutachten ohne vorherige Befragung des Reichstages zu unterzeichnen. In Regierungskreisen bezeichnet man diese Meinung als unrichtig. Vorläufig liege überhaupt gar keine Möglichkeit vor, ein derartiges Abkommen durch die deutsche Regierung zum Abschluß zu bringen, da die alliierten Regierungen ihrerseits noch keine Entscheidung über die weiteren Schritte zum Sachverständigen-Gutachten getroffen haben. Von Regierungssseite wird jedoch erklärt, daß das Reichskabinett sich für berechtigt hält, auch weiterhin die erforderlichen Schritte zu unternehmen, da die gegenwärtige katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft nur durch eine schnelle Durchführung des Sachverständigen-Projekts gebessert werden könne.

Koste über die Deutsch-Hannoversche Partei.

TU. Hannover, 21. Mai. Die Eröffnungsfeier des hannoverschen Provinziallandtages am 20. Mai fand im Zeichen der Vorkommnisse in Hannover. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem deutsch-hannoverschen Abgeordneten und dem Oberpräsidenten Koste. Als von jener Seite erklärt wurde, daß die deutsch-hannoversche Partei die Vorkommnisse nicht als ordnungsmäßig anerkenne, machte Koste folgende Aeußerungen erregende Mitteilungen:

Die Deutsch-Hannoversche Partei habe Mißstände stehen lassen oder gekohlene Ästen zu Veröffentlichungen gebraucht. Die „Hannoversche Landeszeitung“ habe ein ganzes Bündel gekohlener Ästen veröffentlicht. Beamte der Reichspost seien veranlaßt, das Postgeheimnis zu brechen. Eine Depesche von ihm sei unterschrieben und der Landeszeitung zugeordnet. Diese Äußerungen haben die hannoversche Partei, deren Führer einen ehrlichen Kampf predigen, gebedt. Sie habe man bei einem politischen Kampf ein so niedriges Niveau erlebt.

Der Kampf um die große Koalition in Preußen.

Im Preussischen Landtag haben die Erörterungen über die Waisenfälle in Halle und über die Zulassung von öffentlichen nationalen Veranstaltungen eine erregte Kampfstimmung geschaffen. Die Deutschnationalen haben, wie wir hören, die Absicht, nunmehr mit allen Mitteln eine Entscheidung über die Regierungsfrage in Preußen herbeizuführen. Die Haltung des gegenwärtigen preussischen Kabinetts sei gegenüber den Reichsparteien derart herausfordernd, daß die Koalitionsfrage in Preußen sofort gelöst werden müsse. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die volksparteiell Fraktion des Landtages eine Sitzung anberaumt hat, in der die Frage des weiteren Bestehens der Deutschen Volkspartei in der großen Koalition in Preußen geprüft werden soll. Wahrscheinlich wird die endgültige Entscheidung der Deutschen Volkspartei davon abhängen, welchen Ausgang die gegenwärtigen scharfen Auseinandersetzungen im Preussischen Landtag haben werden. Das Zentrum steht auf dem Standpunkt, daß die große Koalition in Preußen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden müsse, und unterstützt daher auch die sozialdemokratischen Mitglieder des preussischen Kabinetts, deren Haltung von einem großen Teil der deutschvolksparteiell Landtagsfraktion gebilligt wird. Inzwischen ist bereits ein Mißtrauensantrag der kommunistischen Landtagsfraktion gegen das preussische Gesamtministerium eingegangen.

Die belgisch-italienischen Besprechungen.

TU. Mailand, 21. Mai. Ueber das Ergebnis der Mailänder Besprechungen haben die belgischen Minister sich in verschiedenen Interviews gegenüber der Presse geäußert, die aber auf Einzelheiten nicht eingehen, dagegen betonen, daß die belgisch-italienische Aussprache eine weitgehende Uebereinstimmung der Ansichten sowohl über das Programm wie die Art des Vorgehens gezeigt hätte. Belgien unterstützt Italien in der Anschauung über die Frage der interalliierten Schulden, die eng mit der Reparationsfrage verknüpft sei. Italien andererseits ist mit der Einberufung einer interalliierten Konferenz einverstanden. Von beiden Verhandlungsteilnehmern wird bezüglich des Fortschanges der Reparationsverhandlungen eine große Zuversicht an den Tag gelegt. Man hofft auch, daß das Ergebnis der Mailänder Besprechungen günstig auf die neue französische Regierung einwirken werde. Der belgische Ministerpräsident Theunis erklärte der Presse gegenüber, Belgien und Italien erstreben mit ihrer zahlreichen Arbeiterbevölkerung eine friedliche Neuordnung Europas. Belgien würde seine Vermittlerarbeit unter den Alliierten fortsetzen. Wenn eine alliierte Konferenz zustande käme, müße es eine endgültige und letzte sein. Theunis sagt im „Secolo“: Der Sachverständigenbericht hat uns vor die Notwendigkeit gestellt, einen Entschluß zu fassen. Die Stunde drängt und wir müssen unbedingt zu einer Entscheidung gelangen.

Der „Corriere della Sera“ schreibt: Das Ergebnis der Besprechungen liegt in der Linie eines Ausgleichs, der den Siegern die Früchte des Sieges und dem Besiegten das Recht zum Leben gewährt. Deutschland wird in der amtlichen Mitteilung gewarnt, eine Politik der Ausfälle einzuschlagen, gegen die sich die Alliierten wenden würden. Italien und Belgien betrachten die Reparationsfrage frei von jedem Hintertreiben, die Deutschland als Vorwand dienen, um seine Gläubiger nicht zu befriedigen. Zu der Frage der Kriegsschulden äußerte der „Corriere della Sera“, über diesen Punkt könne nur die Haltung Englands entscheiden.

Mittelparteien und Deutschnationale.

Fortsetzung der Fühlungnahme betreffs der Regierungsbildung am Donnerstag.

Die Auffassung der Mittelparteien.

TU. Berlin, 21. Mai. Ueber die politische Lage und über die Verhandlungen der Parteien hört die L. II. aus parlamentarischen Kreisen der Mitte folgendes:

Die Parteien mühten vor allen Dingen damit rechnen, daß die Regierung Marx das Gutachten der internationalen Sachverständigen als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage angenommen hätte, daß es also über die Basis der Verhandlungen keine Diskussion mehr bedarf. Das ist auch verständlich, da ja bei einer solchen Diskussionsforderung, die von deutscher Seite erhoben wird, die gleiche Forderung von französischen oder anderer alliierter Seite erhoben werden würde. Es gäbe natürlich noch Streitigkeiten über die Auslegung und die Ausführung der Gutachten. Auf Grund dieser Lage hätten sich die Mittelparteien am Dienstag auf darauf geeinigt, daß man an dem Gutachten grundsätzlich nicht rütteln könne. Es wurde auch Einigkeit über den Wunsch erzielt, daß bei Durchführung des Gutachtens die Rücksicht der Ausgewiesenen, die Entlassung der Gefangenen, die volle Souveränität Deutschlands, namentlich die Verwaltungshoheit im Rheinland, Sicherheit der Einwohner des besetzten Gebietes und ferner die Zurückziehung der Truppen durchgesetzt würde, weil von diesen Voraussetzungen auch die Durchführbarkeit des Gutachtens abhängt. Dieser Standpunkt der Mittelparteien wurde jedoch am Dienstagabend nicht mehr bekanntgegeben, weil insoweit die Einigung der Deutschnationalen zur heutigen Besprechung eingetroffen war. Inzwischen haben die Deutschnationalen eine Einladung an die Nationalsozialistische Freiheitspartei zu Besprechungen erteilt. Diese hat die Einladung angenommen. Die Beratungen sollen heute nachmittags stattfinden. Auch in dieser Sitzung wird man die Frage der Regierungsbildung beraten.

Parteiübergreifende Besprechung im Reichstag.

TU. Berlin, 21. Mai. Kurz nach 10 Uhr trat am Mittwoch auf Einladung der Deutschnationalen Volkspartei im Reichstag die Konferenz der Parteiführer zusammen, um über die Frage der Regierungsbildung zu beraten. Von den Deutschnationalen selbst nahmen an der Sitzung die Abgeordneten Hert, Schiele, Waffar, Graf Westarp, Behrens, vom Zentrum Dr. Peter Spahn, Dr. Brauns, Wiesbert, Stegerwald und Keller-Krönberg, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, Klemes, Dr. Curtius und von den Demokraten Koch-Weser und Erlens, sowie von der Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Leitz teil.

TU. Berlin, 21. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wurden um 1 Uhr mittags die Verhandlungen zwischen den Deutschnationalen und den Parteien der Mitte abgebrochen, da die von den Deutschnationalen aufgestellten Forderungen von den Parteien der Mitte abgelehnt wurden. Die Besprechungen werden am Donnerstag vormittags fortgesetzt werden. Wie verlautet, besteht bei den Parteien der Mitte die Ansicht, den Deutschnationalen nach Möglichkeit entgegenzukommen, um die gemeinsame Grundlage zur Regierungsbildung zu finden. In parlamentarischen Kreisen wird die Lage als nicht ausfallslos bezeichnet.

Ein deutschnationaler Bericht.

w. Berlin, 21. Mai. Ueber das Ergebnis der heutigen Besprechung der Deutschnationalen mit den Parteien der Mitte gibt die Deutschnationale Pressestelle folgenden amtlichen Bericht heraus: Die Deutschnationale Volkspartei hat in der heutigen Besprechung mit Vertretern der Mittelparteien den Vorschlag gemacht, die Lösung der für die Regierungsbildung bestehenden Schwierigkeiten in der Vornahme der Personenfrage zu suchen. Eine nach Ansicht der Deutschnationalen zur Führung hervorragender geeignete Persönlichkeit ist den anderen Fraktionen genannt worden. Die Verhandlungen darüber haben eine Wendung genommen, auf Grund deren die Deutschnationale Volkspartei ihre Initiative in dieser Richtung zunächst eingestellt hat.

Die Stellung der Demokraten.

TU. Berlin, 21. Mai. In demokratischen Kreisen ist man in der Frage der Regierungsbildung der Auffassung, daß eine gemeinsame sachliche Grundlage in der Außenpolitik vor allen anderen Fragen stehen müsse.

Die jüngste Rummstedt.

Roman von Friedel Wergentin.

(Nachdruck verboten.)

Als die Tafel aufgehoben wurde, bildeten sich zwanglose Gruppen. In Barbaras weitläufiger Wohnung gab es behagliche Winkel. Frau Dietrich hatte Jila zu sich auf das Sofa gezogen. „Von Ihrer Schönheit, liebe Frau Dietrich, habe ich schon so viel gehört, daß ich beinahe mißtrauisch wurde.“ So dachte Frau Barbara übertrieb in ihrer schmeicheleichen Liebe. Aber sie stimmte. — Sie sind ganz so, wie man Sie mir geschildert hat — nein, Sie sind sogar schöner.“

Jila wurde rot; es kam ihr sonderbar vor, daß Frau Dietrich so sprach. Die Künstlergattin lächelte. „Sie brauchen doch nicht zu erröten! Ich bin halt von meinen Augen abhängig. Mir ist jeder schöne Mensch ein Genuß, den ich nicht tief genug auskosten kann. Ordentlich dankbar bin ich dafür. Sie glauben nicht, wie ich unter meiner Schlichtheit gelitten habe. Wahrhaftig, nicht bloß aus Weiblichkeit; ich dachte viel mehr an meine Mitmenschen, die ich ärgern mußte durch mein ungeschönes Gesicht, und vergaß, daß die meisten nur sehr lieblich sehen. Was habe ich mir für Mühe gegeben, durch Haartracht, Kleidung, Schmuck zu mildern, meine Umgebung gewissermaßen zu verschönern. Meine größte Genugung bleibt es, daß mich mein Mann gebietet hat.“

„Sie sagten das alles ganz einfach und natürlich. Jetzt machte Sie Jila auf Fräulein von Stein aufmerksam, die mit Frau Dietrich und Henner im Nebenzimmer saß. „Sehen Sie nur, wie wundervoll sich ihr feines Profil gegen die Wand abhebt.“

„Ja, das sah Jila, aber sie sah noch mehr, und da war wieder das quälende Gefühl, das sie nicht wahr haben wollte. Wie freundlich besorgte Frau Dietrich die jungen Künstlerin ein Kissen in den Rücken schob. —

Frau Dietrich lächelte. Auch sie hatte den kleinen Vorgang beobachtet. „Unter guter Frau Dietrich scheint endlich die Mißverständnisse der Gesellschaft aus ihrer qualvollen Spannung erlösen zu wollen. Auf seine Verlobung wartet man ja geradezu. Brigitte von Stein ist aber auch ein außergewöhnlich reizender Mensch.“

Einer Erwiderung wurde Jila durch das Eingetretene Gellings entzogen. Der Regierungsrat sammelte

Vom Standpunkte der Demokratischen Partei aus käme hierfür nur die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik in Frage. Jedenfalls haben nach der Meinung dieser Kreise die Verhandlungen über die Außenpolitik ihre objektive Bedeutung für sich. Es handelt sich jetzt darum, wie die Deutschnationale Partei sich zu dieser Frage stelle. Was die Verhandlungen über die Regierungsbildung angeht, so legt man in demokratischen Kreisen Wert auf die Feststellung, daß der Vorschlag der Demokratischen Partei, Abgeordneter Koch, von Graf Westarp persönlich eingeladen worden ist, nachdem die beiden anderen Parteien die Einladung ohne die Demokraten abgelehnt hatten. Ueber den Vorgang bei der Einladung Koch sind in einzelnen Blättern falsche Darstellungen erschienen, die durch diese Feststellung widerlegt werden.

Der Gegensatz zwischen Deutschnationalen und Zentrumspartei.

Die Gegensätze zwischen den Deutschnationalen und der Zentrumspartei, die bei den Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung hervorgetreten sind, haben sich weiterhin verschärft. Die neue Zentrumskanzlei des Reichstages hat bei ihren mehrseitigen Verhandlungen in Berlin den Beschluß gefaßt, eine Reihe von Bedingungen an die Deutschnationalen zu stellen, von denen Annahme das Zentrum eine Beteiligung an einer Regierung mit den Deutschnationalen abhängig machen will. Von führender Deutschnationaler Seite wird darauf hingewiesen, daß für den Fall des Scheiterns der Regierungsbildungen die Verantwortung vollständig der Zentrumspartei in vollem Umfang festzustellen werden müsse. Die Führer des Zentrums setzen auf dem Wege, denselben Einfluß auszuüben, den sie f. A. bei der Annahme des Friedensvertrages von Versailles durch die Nationalversammlung in Weimar geltend gemacht hätten. Die Zentrumspolitiker, die die Rückkehr ihres Führers Dr. Marx auf den Reichstagspräsidenten verlangen, erklären mit Nachdruck, daß sie nicht gewillt seien, die Wiederaufnahme der bisherigen Regierung durch eine von den Deutschnationalen betriebene außen- und innenpolitische Kampfbildung zu gefährden. Die Deutschnationalen müßten sich lediglich auf die verantwortliche Mitarbeit an der Regierungsgeschäften beschränken, nicht aber auf die Durchführung ihrer zur Zeit unannehmbaren Ziele beschränken.

Der Standpunkt der Nationalsozialistischen Freiheitspartei.

TU. Berlin, 21. Mai. Die Nationalsozialistische Freiheitspartei teilt mit: Die Weltung der „Deutschen Tageszeitung“ im Morgenblatt vom 21. d. M., daß die Deutschnationale Volkspartei auch an die Nationalsozialistische Freiheitspartei mit der Aufforderung herangetreten sei, in eine Besprechung wegen der politischen Lage und der Regierungsbildung einzutreten, entspricht nicht den Tatsachen. Die Deutschnationale Volkspartei hat wohl die Parteien der demokratischen Mitte zu einer Besprechung aufgefordert. Diese Ansprache hat heute vormittags stattgefunden. Erst im Laufe des heutigen Tages haben die Deutschnationalen die Freiheitspartei zu einer Sonderbesprechung eingeladen. Es ist immerhin wert, festzustellen, daß zuerst die Fühlungnahme der Deutschnationalen mit der demokratischen Mitte erfolgte. Es geht daraus hervor, daß der Gedanke eines Reichstages durch die Deutschnationalen fallen gelassen ist.

Einberufung des Reichstages.

TU. Berlin, 21. Mai. Die Annahme, daß der Reichstag noch nicht am 27. eröffnet werden würde, stellt sich als irrig heraus. Eine besondere Tagesordnung für die erste Sitzung ist allerdings noch nicht herausgegeben worden und wird auch nicht herausgegeben werden. Die Beratung des Reichstages erfolgt vielmehr durch amtliche Veröffentlichung im Reichsanzeiger, und zwar heute abend, sowie durch direkte Benachrichtigung der Mitglieder. Die Bekanntmachung im Reichsanzeiger hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neu gewählte Reichstag am Dienstag, den 27. Mai 1924, nachmittags 3 Uhr zusammenzutreten. Der Präsident des Reichstages: Loeb.

Am Vormittag des 27. Mai finden feierliche Gottesdienste für die Reichstagsmitglieder statt, und zwar um 9 1/2 Uhr für die katholischen Mitglieder in der St. Hedwigskirche und um 12 Uhr für die evangelischen Mitglieder im Dom.

Zufügen für einen Ausflug, den man für morgen geplant hatte. Während er mit Frau Dietrich die Schönheit einer Dampferfahrt gegen eine Autofahrt abwog und das für und wider beleuchtete wurde, sah Jila teilnahmslos da. Dankbar empfand sie Henners fröhliche Stimme, die sie aus ihrem Grübeln aufbaute. Aufgeregt erzählte er: Uebermorgen nehme ich Frau Dietrich mit auf die Werke, er wolle ihm selbst alles zeigen und erklären — ob Jila nicht Lust habe, auch die Höfen und die Maschinenpressen zu besichtigen. Da wären Rohblöcke aus Eichenholz, hunderttausend Kilo mögen die Dinger. — Aber Jila lehnte ab, — sie habe sich schon verabschiedet und ihr fehle auch das richtige Verständnis für diese Sachen. Das begriff Henner nicht; da wäre Fräulein von Stein doch ein ganz anderes Mädel, die hätte gleich begeistert in den Vorschlag eingewilligt, meinte er leicht bestimmt, und ohne Jila machte ihm alles nur halb soviel Spaß. Jila ärgerte mit einer Antwort, aber dann sagte sie fast bitter: „Henner, quäl mich nicht; ich kann dir nicht alles so sagen — aber es geht wirklich nicht.“

„Om“, machte Henner nachdenklich und wußte sich die feuchten Augen Jilas nicht zu erklären. Das sah doch nach Tränen aus! Was hat sie denn nur! Was konnte er denn dazu tun, sie wieder veranlaßt zu machen? Angekrenzt dachte er nach, und dann fiel ihm ein, daß Hubert ihm gesagt hatte, wenn er mal etwas Buhiges sehen wollte, solle er das unterste Eichen an seiner Wühler aufmachen. Er zog Jila mit ins Nebenzimmer, und dann betrat er in den Innhof des Hauses, wo Hubert Kinderbilder, Zeichnungen, ja sogar Gedichte an seine erste Liebe aufbewahrt hatte. Dunkel Otto und Frau Dietrich saßen geflüstert zu ihnen. Sie saßen eng aneinandergeklammert und ließen die drohenden Silber von Hand zu Hand gehen. Scheinbar war Jila ganz bei der Sache, aber sie schaute angstvoll auf Frau Dietrich hinüber. Mit schmerzlicher Vollkraft fing sie seine Worte auf, die deutlich an ihr Ohr schlugen. Er sah Brigitte von Stein freundlich an, als er in seiner abgebrochenen Rede sagte: „Ich bin gar nicht dazu angetan, unmittelbar zu gehen. Wenn ich heute eine große Freude erleben, so ohne ich sie nur. Sie geht erst durch die Mißbilligung, um mir voll bewusst zu werden, und dann — ja dann erscheint sie mir doppelt herrlich.“

Schutzmaßnahmen.

In Regierungskreisen liegen Mitteilungen darüber vor, daß von kommunistischer Seite beabsichtigt wird, bei der Eröffnung des Reichstages Demonstrationen und Ständekassen herbeizuführen. Es besteht der Plan, bei dem Namensaufruf der deutschvölkischen Abgeordneten, besonders des Generals Eubenborff die Verhandlungen zu stören und die Fortsetzung der Sitzung unmöglich zu machen. Diese Mitteilungen haben dem gegenwärtigen Reichstagspräsidenten Loeb Veranlassung gegeben, für die Eröffnung des Reichstages verlässlichen polizeilichen Schutz anzufordern.

Vom Reichswirtschaftsrat.

TU. Berlin, 21. Mai. Der Reichswirtschaftsrat beschloß, einen Ausschuss einzusetzen, der eine Untersuchung über die Reberstellung und Verarbeitung veranlassen soll. Die Kommission soll unmittelbar mit den Arbeiten beginnen. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hörte dem Bericht der Kommission zur Behandlung der Agrarfrage, der vorher von dem Untersuchungsausschuss für Landwirtschaft und Ernährung geprüft worden war. Der Bericht umfaßt zwei eng beschriebene Seiten. In dem Bericht lag ein Antrag Waltrusch vor. Er forderte, daß der Reichstag für die Aufstellung eines neuen Wirtschaftsprogramms zur Weiterbehandlung im Rahmen der gesamten Wirtschaftslage veranlaßt wird. Der Antrag Waltrusch wurde angenommen. Dem wirtschaftspolitischen Ausschuss lag weiterhin ein Antrag vor — er befaßte sich mit der Prüfung durch den Vorstand des Reichswirtschaftsrates — an das Reichswirtschaftsministerium, mit der Aufforderung heranzutreten, die Bestimmungen über die Auslandsreisegelder von 500 Mark einer Änderung zu unterziehen und im Reichswirtschaftsrat hierüber zu verhandeln.

Waffenfunde im Reichstag.

TU. Berlin, 21. Mai. Zu den durch eine Reihe von Zeitungen weitergegebenen Gerüchten über die Auffindung von Waffen im Reichstagsgebäude erzählt die TU., daß anlässlich der Innanhebungsarbeiten vom Geleispersonal in einem abgelegenen Kellerraum der Heizungsanlage, der seit Jahren nicht mehr betreten worden ist, 13 Militärgewehre und ein Karabiner in verfallenen Zustande gefunden worden ist. Das läßt darauf schließen, daß die Waffen bereits seit der Besetzung des Hauses seit Ende 1918 durch das sogenannte Regiment Reichstag dort lagern. Die Waffen wurden in Verwahrung genommen und der zuständigen Stelle zugeführt.

Diäten und Freifahrtsscheine der neuen Reichstagsabgeordneten.

TU. Berlin, 21. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, ist dem Reichstag heute ein neuer Haushaltsplan des Reichstages vorgelegt. Er baut sich auf dem Stande vom 1. April d. Js. auf und schließt mit einem Rückgang von 4 000 000 Mk. ab. Die Aufwandsentschädigung für Reichstagsabgeordnete beträgt monatlich 318 Mk. Insgesamt sind an Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Reichstages 1 800 000 Mk. angesetzt. Für die Gewährung von Freifahrtsscheinen an die Mitglieder verlangt die Reichstagsverwaltung 1 000 000 Mk. Der Berechnung der letzten Summe liegt die Annahme zu Grunde, daß jedes Mitglied des Reichstages im Durchschnitt jährlich 21 000 Kilometer auf der deutschen Reichsbahn zurücklegt, wobei ein Kilometergeld von 4,6 Pf. in Rechnung gesetzt wird. Der Präsident des Reichstages erhält Aufwandsentschädigung, die jeweils das Doppelte der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten beträgt. Außerdem hat er freie Amtswohnung.

Eine Denkschrift über den Beamtenabbau.

TU. Berlin, 21. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird im Reichsfinanzministerium eine Denkschrift über den bisherigen Beamtenabbau fertiggestellt, die dem Reichstage vorgelegt werden soll.

Die Krise in Ost-Oberschlesien.

Rönigschütte, 21. Mai. Ueber die Krise in der Eisenindustrie von Oberschlesien wird gemeldet, daß, nachdem die Vereinigte Königs- und Rönigschütte ihre Betriebe stillgelegt hat, nun auch die der Bismarckhütte gehörende Haldenbühl in Schwenitz mit über 3000 Arbeitern und in zehn bis zwölf Tagen die Bismarckhütte selbst mit 18 000 Arbeitern werke schließen müssen. Die Stilllegung weiterer Hütten steht bevor. Von den 50 000 Arbeitern, die in der ost-oberschlesischen Eisenindustrie beschäftigt sind, sind bis jetzt rund 10 000 arbeitslos. Die Ursache der Schwierigkeiten in der auf polnischen Gebiet liegenden Eisenindustrie, wird von dem Blatte der Abschneldung

Eine leise Erwiderung, die Jila nicht verstand, und nun wieder Frau Dietrichs Stimme: „Ach, Fräulein von Stein, sagen Sie das nicht. Diese Eigenhaft hat ihre Schattenseiten. Ich empfinde sehr schmerzhaft die Einmaligkeit alles Geschehens. Ich möchte den Augenblick halten, ich könnte einen Zustand verewigen und würde in ihm immer neue Wege entdecken. Und es zerringt mich doch alles unter den Händen. Und was mir ewiges Leben verspricht, wird Erinnerung.“

Hatte er nicht einen Blick nach ihr geworfen? Doch nein — er hörte aufmerksam auf Fräulein von Steins leise feine Stimme. Die junge Künstlerin beugte sich eben ein wenig vornüber, dabei fiel eine der breiten Schilbpattnadeln aus ihren leicht aufgestellten Haaren zu Boden. Beide blickten sich danach und jetzt — hatte er nicht ihre feingliedrige Hand einen Augenblick festgehalten. Jila audte zusammen. Was wollte denn nur dieser quälende Schmerz in ihr? Was ging sie das alles an? Sie war doch die Frau eines andern. Und doch spannte sie wieder alle ihre Sinne, um kein Wort von dem zu verlieren, was er zu dem stillen, feinen Mädchen sprach. Und was Jila jetzt hörte, sagte ihr nebelhaften Wünsche mit zwingender Wucht ein. „Sie irren, Fräulein von Stein, ich bin ein unruhiger Mensch, als die meisten glauben. Weil ich still bin, halten mich meine Bekannten für einen phantastischen Regelmenschen, der nichts anderes kennt als Arbeit. Aber letzten Endes steht wohl in jedem Deutschen ein Stück abenteuerlicher Obszession, und ich habe teil an diesem allgemeinen Los. Was ich, ich lehne mich nach dem Raubwölfe, das einmal von meinem Herdfeuer aufsteigen soll.“

Da hielt es Jila nicht länger. „Sie haben eine unbändige Sehnsucht nach Dorothea“, scherzte sie mit dem letzten Rest von Beherrschung, „Sie müßte vergleichen, ob Sie den Kinderbildern ihres Vaters ähnlich sehe.“

Frau Dietrich schielte eifrig an der Dede, die sie dem heiligen Joseph für seinen Altar versprochen hatte, wenn er ihren Wunsch erhörte würde: Erichs Verlobung mit Brigitte von Stein. Sie hatte so bestimmt gehofft, auf der Taufe bei Gellings würde es nun endlich werden. Barbara, diese prächtige, kluge Frau, hatte ihren heimlichen Wunsch sofort erfüllt und Brigitte von Stein als Erichs Tischdame in Vorschlag

der Industrie von ihrer natürlichen deutschen Produktions- und Absatzkraft und der Ueberföhrung auf die polnische Grundlage, die eine starke Erhöhung der Produktionskosten zur Folge hatte, zugeschrieben.

Besprechungen bei Millerand.

Paris, 21. Mai. Der Präsident der Republik Millerand hat heute vormittag den Vorständen des Senats, Dumergue und den Finanzminister François Marcac empfangen. Um 12 Uhr hat die angekündigte Besprechung des Präsidenten mit den Abgeordneten Painlevé und Herriot im Beisein von Ministerpräsident Poincaré begonnen.

Einem Mitarbeiter der „Information“ erklärte Herriot bei seiner Ankunft in Paris, er wolle aus den Wahlen vom 11. Mai die Konsequenzen ziehen, also ein Ministerium des Blases der Wahlen bilden. Seine Haltung werde endgültig bestimmt werden durch den Parteitag am 1. Juni.

v. Paris, 21. Mai. Der Besprechung im Elysee, die, wie gemeldet, um 10 Uhr begann, wohnten bei der Präsident der Republik, Millerand, Ministerpräsident Poincaré, Finanzminister Marcal und die Führer der neuen Kammermehrheit Herriot und Painlevé. Die Besprechung dauerte annähernd zwei Stunden. Ministerpräsident Poincaré und Finanzminister Marcal haben sich mit den Abgeordneten Herriot und Painlevé über einzelne Fragen der Finanzlage ausgetauscht. Herriot und Painlevé haben die Ueberzeugung ausgesprochen, daß ein Ausgleich des französischen Budgets für jede Regierung geboten sei.

Eine neue Rede Snowdens.

TU. London, 21. Mai. Schatzkanzler Snowden war gestern Gast auf dem Jahresbankett der englischen Bankiers und ließ sich in seiner Rede eingehend über sein Budget aus. Niemand im Saale, so erklärte er, werde mehr unter der Schindung des Kredits als die Arbeiterklasse, die ja die Regierung insbesondere betreffe. Er habe sich bei seinem Budget bestraft, alles zu tun, um den englischen Kredit zu erhöhen und zu bessern. Die Verbesserung an der Börse und in der gesamten wirtschaftlichen Lage Englands während der letzten Jahre hätte bewiesen, daß er mit seinen Maßnahmen recht gehabt habe. Die Regierung hoffe, daß die Maßnahmen, die sich nunmehr aus seiner Aktion ergeben, die lange ungelöst gebliebene Frage der deutschen Reparationen endgültig regeln werde. Wenn alle daran interessierten Regierungen zu den kommenden Verhandlungen guten Willens mitbrächten, werde diese Regelung recht bald erfolgen können. Die Regierung werde alles tun, um die Lasten, die der Industrie aus der Besteuerung erwachsen, zu erleichtern.

TU. London, 21. Mai. Am 12. Mai betrug nach der amtlichen Statistik die Zahl der Arbeitslosen in England 1 026 000 Mann, d. h. 14 500 Mann weniger als in der Vorwoche.

Die Moskauverhandlungen.

TU. London, 21. Mai. Die „Times“ erfährt aus Konstantinopel, daß der Präsident der Nationalversammlung und Vertreter der türkischen Regierung im Laufe der gestern stattgefundenen Verhandlungen in der Moskaufrage das türkische Programm ausführlich entwickelte. Die Tärken erheben u. a. Anspruch auf das gesamte Gebiet von Moskau. Der britische Delegierte, Sir Cox, soll erklärt haben, daß der britische Standpunkt der türkischen Auffassung entgegengesetzt sei.

Kleine politische Mitteilungen.

Das deutsch-belgische Schiedsgericht.

Genf, 20. Mai. Heute begann hier das deutsch-belgische Schiedsgericht unter Vorsitz des Schweizer Professors Paul Morath seine Beratungen über die noch stehenden Prozesse. Es wurde beschlossen, am 3. Juni in eine Gerichtssitzung einzutreten, die sich zuerst mit dem Prozeß der europäischen Petroleum-Union und dann mit dem Prozeß des belgischen Staates gegen deutsche Lebensversicherungsunternehmen auf Grundlage eines Teiles ihres Vermögens befassen wird. Entgegen den Erwartungen, die in der ausländischen Presse erschienen waren, stand die Deportationsfrage nicht zur Verhandlung.

Kein Moratorium.

TU. Berlin, 21. Mai. Von unterrichteter Seite wird der Telegraphen-Union mitgeteilt, daß entgegen vielfach umlaufenden Gerüchten mit dem Erlaß eines Moratoriums nicht zu rechnen ist.

gebracht. Da wäre doch nun wieder eine so günstige Gelegenheit gewesen. — Aber Erich war nach Hause gekommen und hatte von allen möglichen Nebenächlichkeiten zu erzählen gewußt, das erlebte Wort aber war nicht gefallen. Freilich, selbstam erregt war der sonst so ruhige gewesen.

Frau Dietrich hielt die Dede in die Höhe. In acht Tagen war sie nach ihrer Berechnung mit der Arbeit fertig. Du lieber Gott, wenn Erich weiter die Verlobung hinauferte, konnte sie auch noch für den Muttergottesaltar eine Dede verheiraten. Ihr Gelöbnis flog schon mit einem ergebenen Seufzerchen zum Himmel empor. Aber vielleicht blieb ihr die Arbeit erspart; Erich hatte doch die junge Künstlerin gerne.

Als sie ihre Vermutung und die daraus entspringenden Hoffnungen mit ihren Verwandten besprach, wurde die Frage aufgeworfen, ob die Verbindung mit einer Schauspielerin wünschenswert sei. Darauf hatte Frau Dietrich von Stein aus angelegener Familie und zweitens, seien auch gesellschaftliche Bedenken gleichgültig, hier käme nur eins in Betracht: sein Glück. Denn ein Frau Dietrich habe die Kraft, jedes Mädchen zu abeln, das er sich erwähle, und man solle sich erinnern, daß die alte Angellata Juliane Frau Dietrich, die so ehrenfest neben dem Gründer des Hauses gewaltet habe, eine schlichte Bauernmutter gewesen sei.

Eine neue Hoffnung setzte Frau Dietrich auf den heutigen Tag. Es war immerhin ein außergewöhnlich günstiges Zeichen, daß ihr Sohn sich erbotten hatte, Brigitte von Stein in die Wunderwelt seiner Werke zu führen. Da mußte er sich doch stundenlang mit ihr beschäftigen; wenn sie ein wenig Vorsehung spielte und die anderen Besucher unauffällig zurückhielt — wie leicht! Der alte Hammermeister Uffinger mußte ihr dabei helfen. Er verstand es trefflich, kleine Geschichten zu erzählen; er war sicher fertig, wenn er die vom alten Kaiser wieder einmal zum Besten geben durfte. „Sachlich ist die Hallblöde überm Uhrglas vom alten Kaiser stehn geblieben.“ Das war sein Stolz. Uffinger rechnete sich als Sebenswürdigkeit mindestens so hoch ein wie das anpruchsvolle Gaudium, in dem der Begründer des Reichstages gestorben war und das als rühmliches Denkmal inmitten gewaltiger Bauten stand. (Fortsetzung folgt.)

Brenn

Auf der Tagesordnung der Antiraten über die Wahlen der Wiederwahl der Antiraten der Antiraten über das öffentliche Leben.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Abg. Dr. Meyer trägt, mit der Beratung eines Gesetzes über die Aufhebung des Verfalls der Antiraten.

Preussischer Landtag.

(311. Sitzung.)

Berlin, 21. Mai.

Auf der Tagesordnung stehen zur gemeinsamen Beratung die Interpellationen der Sozialdemokraten über die Vorgänge in Halle anlässlich der Wiedereröffnung des Volkshochschulgebäudes, der Antrag der Kommunisten zu derselben Angelegenheit und die Interpellation der Deutschnationalen über das Verbot von Umzügen bei öffentlichen Feiern.

Hg. Dr. Meyer-Dörp (Kommunist) beantragt, mit der Beratung der Interpellationen die Beratung eines kommunistischen Antrages auf Aufhebung des Verbotes der roten Fahne zu verbinden. Der kommunistische Antrag scheitert an dem Widerspruch der Rechten.

Hg. Dr. Baumbach (Soz.) begründet die sozialdemokratische Interpellation, in der das Ministerium gefragt wird, ob es die Versammlung unter freiem Himmel am 11. Mai in Halle genehmigt habe, während alle ähnlichen Versammlungen der Arbeiterklasse am 1. Mai ausnahmslos verboten wurden. Er erklärt, dass Ministerium solle dafür sorgen, dass nicht wieder mit verschiedenen Maßgrößen gemessen werde. Während die Polizei sich nicht auf kommunistische Demonstrationen schiesse, blieben die verbotenen sozialistischen Demonstrationen ungehindert. Aus Gründen der inneren und äußeren Politik könne es so nicht weitergehen. Wird gegen die kommunistischen Demonstrationen nicht eingeschritten, so seien wir unmittelbar vor einem sozialistischen Putsch und damit vor dem Zusammenbruch. Er verlangt zur Stärkung der Staatsgewalt ein Verbot an alle Behörden, sich an solchen Aufmärschen zu beteiligen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. v. Studener-Wildau (Dn.) begründet die Interpellation seiner Partei und erklärt: Was wird nicht alles verboten, was die preussische Republik gefährdet sein soll? Das ganze System ist aus der Angst geboren. Der Staat ist nicht das, was er vorgibt. Von dem System der Unterdrückung wurde in Halle einmal abgesehen und die Folge: Der Minister hat in seiner eigenen Fraktion die größten Angriffe erfahren, in der Presse und auch vom Vorkämpfer. Die Kommunisten sagten eine Demonstration gegen die Feiern an. Wie glaubt der Minister, mit dieser Demonstration fertig zu werden? Ein Erfolg ist herausgekommen, dass die Schusspolizei bei gefährlichen Unternehmungen den Stahlhelm tragen soll. Zu diesem Erfolg aber hat der Oberpräsident Hering erklärt, in seinem Machtbereich finde der Stahlhelm keine Anwendung. (Hört, hört!) Der „Vorwärts“ schreibt, der Reichspräsident der preussischen Minister sei, ihre Anweisung durchzuführen. Wir sind gespannt, was der Minister auf alle diese Angriffe antworten wird. (Beifall bei der Linken, großer Applaus.)

Hg. Schetter (Komm.) begründet den kommunistischen Antrag über die Vorgänge in Halle, in dem u. a. sofortiger Austritt des Ministers Seevering, sowie des gesamten preussischen Kabinetts gefordert wird, und erklärt, der Staat begünstige den Faschismus. Herr Seevering erklärt immer und immer wieder, er gehe gegen rechts und links mit gleichem Maße vor. Sein Verhalten dem Stahlhelm und dem Verbot gegenüber beweise das Gegenteil. Ferner verlangt den sofortigen Austritt des Ministers Seevering.

Minister des Innern Seevering: Was die Vorgänge in Halle betrifft, so hatte feinerzeit der Hg. Seidenreich von der Deutschen Volkspartei mich wegen der geplanten Einweisung des Volkshochschulgebäudes gefragt, und ich sagte die Genehmigung einer Feiern in beschränktem Rahmen zu. Die Genehmigung wurde auch nur unter ganz bestimmten Bedingungen erteilt. Verbotswidrig ist allerdings von den Demonstranten ein Umzug erfolgt und die Polizeikräfte sind nicht im vollen Umfang eingesetzt worden, um ihn zu zerstreuen. Es muß aber der Bedenke entgegengetreten werden, als hätte die Polizei mit zweierlei Maß gemessen (Ärmen und Rufen bei den Kommunisten: Das geben doch sogar die Sozialdemokraten zu!) Die Schuld daran, daß die vorhandenen Polizeikräfte nicht zur Zerstreuung des Umzuges ausreichten, tragen die Kommunisten, die von früh an die Polizei beschäftigten. Sonst wäre es leichter gewesen, den Umzug der Teilnehmer des Deutschen Tages aufzulösen. Der Minister betont, daß der Reichsminister des Innern durchaus mit seinen Maßnahmen übereinstimme. Wenn eine Schängung oder ein Turnverein einen Festzug machen will, dann wird die örtliche Polizei eine Ausnahme zulassen. Über öffentliche, politische Demonstrationen kann sich Deutschland in dieser Zeit nicht leisten. (Beifall bei der Linken, bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus beschließt die Besprechung der Interpellationen.

Hg. Seidenreich (Dt. Volksp.) weist als Teilnehmer des Deutschen Tages die kommunistischen und sozialistischen Angriffe gegen den Minister und die Polizei zurück.

Hg. Schreiber-Halle (Dem.): Die Staatsautorität vertritt es nicht, daß nochmals solche Veranstaltungen, wie die in Halle abgehalten wurden. (Beifall bei der Linken.)

Hg. Eindecker-Wildau (Deutschn.) erkennt die Notwendigkeit an, in dieser erregten Zeit große politische Demonstrationen zu verhindern. Das dürfte aber nicht zum Verbot von überparteilichen Nationalkundgebungen führen.

Minister Seevering erklärt, die Vorgänge in Halle hätten gezeigt, daß sich so etwas nicht wiederholen dürfte. Die vaterländischen Verbände seien durchaus nicht überparteilich, sondern ausgesprochen deutschvölkisch und deutschnational.

Am 1/6 Uhr wird die Sitzung am Donnerstag 12 Uhr vertagt: Haushaltsplan für 1924.

Westfälischer Provinziallandtag.

Haushaltsberatung.

Die dritte Vollziehung des 68. westfälischen Provinziallandtages am Montag eröffnete der 1. Präsident Oberbürgermeister Hamm-Rellinghausen mit einigen geschäftlichen Mitteilungen.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten und die Beratung des Haushaltsplanes aufgenommen. Es entwickelte sich zunächst eine Generaldebatte, in der als erster Hg. Stolzenburg (U.S.P.) das Wort ergreift. Er legt zur Geschäftsordnung Protest ein gegen die Haltung des Ausschusses in der Begrenzung der Redezeit auf eine Stunde. Auf den Aufruf eingehend, beantragt er, 300 000 Mk. für Rinderpestung zu bewilligen, ebenso zur Tuberkulosebekämpfung 500 000 Mk. Hg. Klausener (Komm.) betont, daß es sich nach der eingehenden Beratung im Haushaltsausschuß eigentlich erübrigt habe, in einer Generaldebatte zu dem Etat Stellung zu nehmen, nachdem aber die Gruppe um Stolzenburg herum dagegen protestierte, eine Redezeit von einer Stunde anzusetzen, müsse er konstatieren, daß der Hg. Stolzenburg in seiner einstündigen Rede gerade 13 Minuten zu dem Etat gesprochen habe. (Heiterkeit.) Die wirtschaftliche Lage zwingt zu außerordentlichem Sparmaß. Auch er sei der Auffassung, daß in vielen Fällen eine Erhöhung auf der Ausgabe Seite des Etats erwünscht sei, aber demgegenüber, daß Mehrausgaben nicht getragen werden könnten. Wir wünschen unter keinen Umständen einen Nachtragsetat. Wir wollen ferner keine falsche Sparmaßnahme in der Staatsunterhaltung.

Zu der allgemeinen Verwaltung bringt der Haushaltsausschuß eine Entschließung ein, die sich mit der Aufzählung und Eingruppierung von Beamten befaßt. Hg. Schell (Soz.): Bei den Provinzialverwaltungen sind 340 Beamte und Angestellte abgebaut worden. Ich habe auf dem Standpunkt, daß der Personalabbau von Reich und Staat nicht ganz glänzend war. Die Abnahme hat nicht nur die Wirtschaft der Provinz, sondern des ganzen Reiches ins Verderben getrieben. Der Industriebezirk hat so ungeheure Verluste zu tragen, wie sie einem so kleinen Bezirk niemals zugemutet worden sind. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn Elend und Verzweiflung die Schicksalstrahnen des westfälischen Volkes zu vernichten drohen. Wir werden den vorliegenden Etat bewilligen.

Hg. Engberding (Dn.): Ich will auf die längeren Ausführungen des Herrn Stolzenburg nicht eingehen. Zu dem Etat übergehend, begrüßt der Redner die Umformung, vermehrte aber die Gegenüberstellung von 1913 und 1914 in der Übersicht über die Bewegung der Zahl der Beamten und Angestellten. Es liegt im Interesse der Beamten selbst, weil ihm aus allen Kreisen der Abgeordneten im preussischen Landtag die Frage gestellt worden sei, ob die Beamten der Provinz weniger abgebaut seien oder besser bezahlt würden, als die abgebauten Reichs- und Staatsbeamten. Auch wir, sagte Engberding, daß die Gehälter außerordentlich niedrig sind und eine Gefährdung der Gehälter so schnell als möglich eintreten muß. Was für die Beamten maßgebend ist, ist auch für den Handel und das Gewerbe zutreffend, Handel und Gewerbe stehen unter den schwierigsten Verhältnissen. Das trifft nicht allein die Einkommensquellen, sondern auch die Steuern. Wir sind den Wünschen der Verwaltung entgegengekommen und stimmen ihren Anträgen zu.

Hg. Cuno (Dem.) bedauert, daß die Provinz nicht mehr auf dem Gebiet des Siedlungswekens getan habe. Auch seine Partei sei für die Annahme des Etats. Nach ihm sprechen die Hg. Harten, Windhorst und Frey. Sodann wird in die

Beratung der Haushaltspläne eingetreten.

Zum Etat der Westfälischen Provinzial-Feuerlöschgesellschaft berichtet Hg. Stabenhorst dem Generaldirektor Sommer, der nach 34-jähriger Tätigkeit bei der Provinz und mehr als 25-jähriger Tätigkeit bei der Sozialität in den Ruhestand trete, den Dank des Landes aus. Weiter werden angenommen die Haushaltspläne der Landesbank der Provinz Westfalen, der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt, der Straßenverwaltung, der Landeskultur, der Arbeitsnachweise und Berufsberatung, der ordentlichen Landarmenpflege, der Fürsorge für Geisteskranken, Idioten oder Schizophrenen und Krüppelfürsorge, des Landarmen- und Krankenbaus, des Arbeitshauses Barminghausen, der Heilanstalten von Bielefeld, der Blindenanstalt, Taubstummenanstalt, Fürsorgeanstalt Minderjähriger, Landfrauenhilfe, der Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, Gdeldorn und Brecht. Ferner wurde der Ausführung von Neu- und Erweiterungsbauten sowie der Umgestaltung technischer Anlagen beider Provinzialanstalten zugestimmt. Zu den verschiedenen Punkten konnte es Hg. Stolzenburg (U.S.P.) nicht unterlassen, immer wieder seine Anträge auf Vertagung der Sitzung zu stellen. Ferner verlangte er anderweitige Besetzung des Vorstandsbeisitzers. Auf seine Anträge antwortete der Präsident Hamm und einige andere Abgeordnete. Sodann vertagte sich das Haus auf Dienstag.

Berichtszettel.

Das Urteil im Wattenfelder Prozeß.

Die im Wattenfelder Prozeß verurteilten Angeklagten wurden zum Teil verurteilt wegen fortgesetzter Amtsunterschlagung, Unterschlagung, fortgesetzter Diebstahls, Urkundenfälschung und Betruges. Im einzelnen lautete das Urteil wie folgt:

Es wurden verurteilt die Angeklagten Hg. Funke und Giller unter Einbeziehung der 1. St. im Prozeß gegen sie erkannten Strafe zu einer Gesamtsstrafe von je 4 Jahren 9 Monaten Gefängnis, Grubinger unter denselben Voraussetzungen zu 3 Jahren 9 Monaten Gefängnis, Christian Funke und Paul Behrensmeier zu je 9 Monaten, Gustav Grubbe zu 10 Monaten, Gustav Duden und Peter Funke zu je 8 Monaten Gefängnis; ferner erhielten wegen Diebstahls Wilhelm Wüchmann 1 Monat, Friedrich und Johann Hebanst wegen schwerer Begünstigung je 2 Monate, Friedrich Kallpfehl wegen Begünstigung und Diebstahls 2 Monate, Heinrich Mertel wegen Diebstahls, Hehlerei, Urkundenfälschung mit Betrug 4 Monate, Sereca wegen fortgesetzter Hehlerei, Urkundenfälschung und Betrug 1 Jahr 6 Monate, Alois Nachigall wegen fortgesetzter Hehlerei ebenfalls 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Ehefrau Wilhelm Funke wegen fortgesetzter Hehlerei 6 Monate, Ehefrau Giller wegen fortgesetzter Hehlerei, Urkundenfälschung und Betruges ebenfalls 6 Monate, Ehefrau Christian Funke wegen fortgesetzter Hehlerei an Stelle einer an sich verurteilten Geliebtenstrafe von 3 Wochen eine Geldstrafe von 30 Goldmark, Franz Funke an Stelle einer an sich verurteilten Geldstrafe von 2 Wochen eine Geldstrafe von 25 Goldmark. Mangels ausreichenden Beweises wurden freigesprochen die Angeklagten Peter Hebenbach, die Ehefrauen Grubinger, Grubbe, Behrensmeier, Peter Funke, Duden und die Ehefrau Mertel, ferner die Eheleute Haste, die Eheleute Hepp und der angeklagte Bergmann Elter. Das Gericht beschloß weiter, den Ehefrauen Wilhelm Funke und Giller Strafauflage für 3 Jahre zu bewilligen. Den verurteilten Prozeßbeteiligten Wilhelm Funke, Giller, Christian Funke, Behrensmeier, Grubbe, Duden, Peter Funke und Grubinger wird außerdem die Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Ferner beschloß das Gericht die sofortige Verhaftung des Angeklagten Nachigall, der sich bislang auf freiem Fuße befand, aus der Ermögung heraus, daß angeklagt der Höhe der erkannten Strafe fluchtverdächtig vorliegt.

Letzte Drabtmeldungen.

Keine weiteren Verhaftungen in München.

TU. München, 21. Mai. Im Gegenlicht zu der Meldung einer Berliner Nachrichtenstelle wird den Münchener Neuesten Nachrichten auf Grundung an zukünftiger Stelle erklärt, daß der Leutnant a. D. Friedmann nicht festgenommen worden ist. Sein Aufenthalt ist unbekannt. Auch die Nachrichten von weiteren Verhaftungen von Führern der Organisation Consul in München werden als unzutreffend bezeichnet. In München sind in der letzten Zeit lediglich der Student Günther Brand und der Ingenieur Tönjes verhaftet worden.

Unwetter in Süddeutschland.

TU. Stuttgart, 21. Mai. Von der Wp bei Reutlingen und Sigmaringen kommen Nachrichten von außerordentlich schweren Gewittern, Hagel und Wasserfluten. Durch Hagelschlag wurde eine Reihe von Personen getötet und viele Häuser in Brand gesetzt. Außerdem haben Regengüsse in der Gegend von Göttingen furchtbare Schäden

angerichtet. Aus Weilheim bei Göttingen wird berichtet, daß seit Generationen kein solches Unwetter erlebt worden sei. Die Straßen standen bis zu zwei Meter unter Wasser. In Wangenbürgen scholl der Sturz aus tiefenhaftem Strom an und riß Brücken und Stege mit sich fort. Groß- und Kleinvieh wurde fortgeschwemmt.

Strafantrag gegen vier Bankdirektoren.

TU. Stettin, 21. Mai. Gegen die Direktoren Amsberg, Maug, Wulff und Leht der Filiale Stettin der Dresdener Bank hat, wie der Pommerische Landesdienst meldet, der Reichsverband der Bankangehörigen, Ortsgruppe Stettin, Strafantrag wegen vollendeten und versuchten Betruges bei der Staatsanwaltschaft in Stettin gestellt. Dieser Anzeige wurden vier eidesstattliche Versicherungen beigelegt.

England zur deutschen Kreditnot.

TU. London, 21. Mai. In Londoner Citykreisen hat die über das Stahlwerk Beder verhängte Geschäftsaufsicht Aufsehen erregt. Der Handelskredit der „Times“, der mittelst, das die Firma vergeblich versucht, auf dem englischen Markt Kredite zu bekommen, weist darauf hin, daß es notwendig sein würde, die englischen und amerikanischen Kredite der Goldkreditbank zu erweitern, da diese Bank dann besser in der Lage sei, lebensfähigen deutschen Industrieunternehmen die notwendigen Kredite zu gewähren.

Die dänische Währungsreform.

TU. Kopenhagen, 21. Mai. Das dänische Volksting stimmte gestern mit 74 Stimmen der Sozialisten und Radikalen gegen 64 Stimmen der Liberalen und Konservativen der Regierungsvorlage zu, die für Teile der Währungsreform die Regierung den repräsentativen Charakter der von der letzten linksliberalen Regierung eingesetzten Währungszentrale bestimmt. Diese Zentrale wird statt aus drei nummern aus zwölf Mitgliedern bestehen, die aus der Industrie, der Schiffahrt, der Landwirtschaft usw. genommen werden.

Italien und die Schweiz.

TU. Rom, 21. Mai. Ministerpräsident Mussolini empfing eine Abordnung schweizerischer Journalisten und erklärte diesen, die italienische Regierung lege den allergrößten Wert darauf, die italienisch-schweizerischen Beziehungen freundschaftlich zu gestalten und werde nicht auf einer Neuverhandlung der Frage des Zolls bestehen.

Ein Flammengürtel um Wladivostok.

TU. Moskau, 21. Mai. Die Wälder in dem entferntesten östlichen Sibirien stehen schon seit Tagen auf tauenden von Quadratkilometern in Flammen. Alles Lebende ist gestirbt. Riesige Waldstrecken liegen schon vollkommen daniert. Das Feuer hat jetzt die Stadt Wladivostok erreicht, wo das Militär bemüht ist, die Stadt vor dem Verbrennen zu schützen.

Niederlage der persischen Truppen.

TU. Teheran, 21. Mai. Im Kampfe mit den Anführern in Kuristan haben die persischen Truppen eine schwere Niederlage erlitten, bei der sie 300 Mann verloren.

w. Berlin, 21. Mai. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, werden die Verhandlungen der Deutschnationalen mit der Nationalsozialistischen Freiheitspartei voraussichtlich fortgesetzt werden, sobald die letzteren ihre Fraktionsführung, die zu Sonnabend angeordnet ist, abgeben haben.

w. Königsberg, 22. Mai. Auch die großen industriellen Unternehmungen der Gesellschaft Thyssens Erben sollen im Laufe der nächsten Zeit stillgelegt werden. Die Bleihütte wurde wegen Bleiarmut ausgedient. Durch Anschlag gab die Verwaltung bekannt, daß 10 Hüttenwerke stillgelegt werden sollen. Dadurch werden 200 Arbeiter brotlos. — Aus Sosnowice wird berichtet, daß auf der Grube „Galtza“ die Arbeit eingestellt worden sei. Auch hier werden 200 Arbeiter brotlos. Auf der Grube „Boris“ wird in der Woche nur noch an zwei Tagen gearbeitet.

w. München, 22. Mai. Justizrat Dr. Pfeleger bezeichnete in einer Unterredung mit einem Pressevertreter die Meldung, daß er von der Bayerischen Volkspartei zum Ministerpräsidenten auszuwählen sei, als verfrüht.

w. Rom, 22. Mai. Im Ministerrat berichtete Mussolini über die Außenpolitik. Er erklärte bei dieser Gelegenheit, daß er sich freue über die herzliche Übereinstimmung zwischen Italien und der Tschechoslowakei.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Solales und Handel: Ernst Gense; für Sport und Begeisterung: i. d. Ernst Gense; für Provinzialles, den übrigen Teil und „Festreden“: Jul. Schwind; für Inserate und Nekrolog: Eugen Wolff, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Billige Einkaufsgelegenheit

für Herrenkleidung u. Aussteuerwaren.

Wir gewähren bis auf Weiteres

10 % Rabatt

auf sämtliche bei uns gekauften Waren,

A. Eick & Comp.

BOCHUM, ABC-Straße 9 und 11.

Köllermann's

LEDER-HANDKOFFER.

Mustergültig in der Verarbeitung!

Billig im Preise!

Rollstraße 39/41.

Telephon 444.

Friedrichstraße 2.



Mit Aia putzt es sich famos. Der Aia-Engel sieht doch bloß! Will es sogar dazu benutzen, den Mond die Nase blank zu putzen! Aia putzt und reinigt großartig!

Das mit mir Aufbewahrung bewahren! Gegebenen Waren sind gegen alle Gefahren versichert.



Die Motten

verderben im Sommer leicht Ihr

Pelzwerk

wenn Sie es mir nicht zur Aufbewahrung und

Konservierung

übergeben. Die Aufbewahrung erfolgt in eigenen Konservierungsräumen unter voller Versicherung gegen alle Gefahren. Auch von mir nicht bezogene Pelze und Waren werden angenommen. Abholung kostenlos.

GOMPERTZ

BOCHUM

Friedrichstraße 5

Fernsprecher 428

Haushaltwaren

**Am Donnerstag, Freitag und Samstag verkaufen wir
ohne Rücksicht auf unsere heutigen Selbstkostenpreise**

alle Haushaltswaren, wie: Haus- und Küchengeräte, Porzellan, Emaille, Zinkwaren,
Aluminium, Holz-, Korb- und Bürstenwaren, Beleuchtungskörper, Putzmittel usw.

aussergewöhnlich billig!

Sonder-
Auslagen und
Verkauf
im 3. Stock.

Beachten Sie
Fenster:
20 bis 25
Harmonieslr.

Emaille

prima schwere Qualitäten, weiss

Fleischtopfe	mit Deckel	16	18	20	22	24 cm
		1.10	1.35	1.55	1.90	2.25

Belgische Kasserollen	mit Deckel	18	20	22	24	26 cm
		1.35	1.55	1.80	2.10	2.45

Wassereimer 28 cm	1.65
Spülschüsseln mit 2 Griffen, 36 cm	1.90
Salatseier auf Fuß	2.55, 1.90
Schöpf- u. Schaumlöffel Stk.	0.58
Flache Schüsseln 1.10, 0.95, 0.80, 0.70	
Kaffeekannen 3.60, 2.95, 2.25, 1.80	

Einkochapparate **7.25**
„Franken“ mit Einsatz, Klam-
mern u. Thermometer, kompl.

Porzellan

In nur modernen Formen und Dekoren

Kaffeesevice 9 teilig.	5.25, 4.50
Kaffeesevice 15 teilig.	12.50, 9.50
Kaffeesevice 27 teilig.	39.50, 35.00
Tafelservice 23 teilig.	38.50
Tafelservice 30 teilig, enorm billig	49.00
Tafelservice 45 teilig.	75.00
Teeservice 15 teilig, „Nordland“	19.50

Aluminium

Wasserkessel poliert	18	20	22	24	26 cm
	2.90	4.50	5.50	6.50	7.25

Schmortöpfe mit Deckel	Satz = 3 Stück: 16, 20, 24 cm	5.50
------------------------	-------------------------------	------

Schmortöpfe mit Deckel	Satz = 6 Stück: 16 bis 26 cm	12.50
------------------------	------------------------------	-------

Milchkodier	3.75, 2.25, 1.75
Salatseier	3.90, 3.25, 2.90
Stielkasserollen	2.25, 1.50
Brotkörbe runde Form	1.10
Schöpf- u. Schaumlöffel	0.75
Kaffeelöffel	Stück 0.08

Aluminium-Artikel

für den Wandersport in hervorragend großer
Auswahl, enorm preiswert!

Bürstenwaren

Abseifbürsten Fibre 0.35, 0.22, 0.18	
Wichsbürsten reine Borsten	0.65
Teppichbürsten	1.75, 1.40
Möbelbürsten Kokos	0.95
Kokos-Kehrbesen	0.65, 0.58
Roßhaarbesen	3.50, 2.95, 2.25
Straßenbesen Plassava	0.75, 0.48
Spinnköpfe reine Borsten	1.25

Zinkwaren

beste schwere Verzinkung

Wannen ovale Form, mit Fuß	50	55	60	65	70 cm
	3.70	4.50	5.20	6.00	7.00

Waschkessel mit Schlußrand-Deckel	36	38	40	42	44 cm
	4.50	5.25	5.75	6.30	7.25

Wassereimer	1.75, 1.55, 1.45
Gießkannen extra schwer	7.50, 6.90
Waschbretter „Perfekt“	1.75
Waschmaschinen beste	65.00
Fabrikale, 100 Liter: 70.00, 80 Liter:	
„Ideal“	19.50, 17.50
Wringmaschinen	
Tischmangeln groß	49.00, 45.00

Ein Posten Eisschränke

braun oder weiß Lack, la, Fabrikat,
mit Zink oder Glaseinlage
bedeutend unter Preis!

Holz- u. Korbwaren

Armkörbe Holländer	1.95, 1.75, 1.55
Waschkörbe mit Henkel	5.25, 4.25
Reisekörbe viereckig, 65 cm	9.50
Kleiderbügel	0.25, 0.20, 0.15
Besteckkasten 3- u. 2teilig	1.75, 1.25
Tablets	2.90, 1.50, 0.95
Ablaufbretter	17.50, 10.50
Treppenleitern pro Stufe	1.90, 1.45

Elektr. Artikel

In beiden Stromstärken, 110 und 120 Volt

Aluminiumkodier	12.50, 8.50
Tassen-Kodier für die Reise	7.50
Reise-Bügeleisen mit Elul	9.50
Elektr. Bügeleisen 3 Kilo schwer	6.75
Haartrockenapparate	
Original „Fön“ 34.00; . . . Columbus	29.50
Alumin.-Pfannen	12.00, 10.50
Kaffeemaschinen	42.50, 39.00
Heizplatten	12.50
Reise-Kodier mit Elul	22.50
Elektr. Teekessel Nickel	23.40
Elektr. Waschkessel	10.50

Ein Posten
Handlampen **0.75**
(Keller-Laternen)

Maschinen

Fleischhackmaschinen	Alexanderwerk, besonders vortheilhaft	7.00, 5.75, 4.80
Kaffeemühlen	la. Stahlwerk,	3.85, 2.90
Wandkaffeemühlen		6.50, 5.50
Küchenwaagen	10 Kilo	4.75, 4.25, 3.90
Spirituskodier		0.55, 0.38
Plätteisen		1.75, 1.55, 1.35
Amerikanische Platten	Satz = 3 Stück	6.50, 5.50

Porzellan-Abteilung

gewähren wir während obiger drei Tage
auf alle edlen Porzellan-Service

20 % Rabatt

Lampen-Abteilung

gewähren wir während obiger drei Tage
auf alle Kronen, Ampeln u. s. w.

20 % Rabatt

GEBRÜDER ALSBERG

Aktiengesellschaft

Bodum

Bochum, 22. Mat

Markt- und Wochenpreise am 21. Mai.

(In Billionen Mark.)

Fette und Wurstwaren.	
Schmelzfett 816-1,20	Hrt. Vechernwurk 0,650-1,400 Hrt.
Pfandfett 0,800-1,000	Rostwurk 1,400 "
Gelfreier 0,550-0,650	Fettluchwurk 900-1,200 "
Dammelfett 900-0,800	Cornedbeef 0,650 "
Gelates 0,600-0,800	Kotelets 0,900-1,000 "
Quesur 0,900-1,000	" 0,750-0,800 "
Rabfett 0,900-1,000	Breff. Speck 1,200-1,300 "
Säfe.	Fett.
Soll. Säfe 1,200-1,300 Hrt.	Margarine 0,550-0,600 Hrt.
Stromsäfe 0,900-1,000	Zitencient 0,450 "
Einfach Säfe 1-1,300	Kofosoff 0,650 "
Wurmurger Säfe 1,200	Chemali 0,620-0,650 "
Stomachsäfe 1,200-1,400	Flomen 1,—" "
Satz Säfe 10 St. 0,400	Butter 1,900-2,300 "
Edmurer Säfe 0,650-1,300	Palmin 0,600 "
Emmentaler Säfe 2,000	
Genüsse.	Getränk.
Biering 0,300-0,350 Hrt.	Seidellfirt 0,200-0,250 Hrt.
Blumengert 0,600-0,700	Gerlinge 0,00-0,060 "
Reisigobl 0,900-0,400	Seidens 0,300 "
Rottebl 0,400-0,600	Rafolin 0,300 "
Murwein 0,130-0,150	
Swiebeln 0,150-0,180	Oden.
Solan 0,300-0,350	Gehepfenheit 0,500-0,550 Hrt.
Spezialerf. 5,500-7,000	Vendler S. 5 Btl. 1,- "
Wannafart. 7,000-8,000	Kapfenfin 1,000-1,200 "
Wurfen 5,000-1,000	10 Seid 0,600-0,750 "

Eier kosteten 8-10 Stück 1,000 Mr. (Dilsburger).
 Eier kosteten 10 Stück 1,300 Mr. (Holländer).
 Eier kosteten 10 Stück 1,300 Mr. (Vandeler).
 Enteneler 6 Stück 1,000 Mr.
 Wanter Eier 1 Stück 0.350 — 0.400 Mr.

Der Mittwochsmorgenmarkt auf dem Wilhelmshafen war vom frühen Morgen an recht gut besucht. Die Zufuhr, namentlich an frischem Gemüse, war sehr gut. Das Angebot überstieg bei weitem die Nachfrage. Die Kaufkraft war nicht gerade so gut, aber doch als zufriedenstellend zu bezeichnen. Für Fische ist die Nachfrage weniger groß; auch der sonstige Umlauf von den Wegweiskästen war nicht zu verzeichnen. Die Gemüsepreise fielen erfreulicherweise. Welke und Spinat, die in den letzten Tagen noch 30—40 Pfennige pro Pfund gekostet hätten, wurden gestern mit 10 Wfg. gehandelt. Spargel kostete 90—1,10 Mk.; Kohlrabar 15 Wfg.; Bananen 0,50—0,90 Mk.; Salat 15 Wfg. pro Kopf. Neue Kartoffeln waren zu 1 Mark für 3 Pfund erhältlich. Sehr gut waren auch die Gärtner mit ihren Erzeugnissen vertreten. Hier war der Kauf sehr langsam. Die Blumen und Pflanzen mußten wieder zur Heimfahrt aufgeladen werden. Der Verkehr und Besuch auf dem Markt am Kaiser-Friedrichplatz war verhältnismäßig schwach am gestrigen Tage, daß die Händler frühzeitig aufbrechen und ihre Waren noch auf dem Wilhelmshafen veräußerten. Auf dem Kaiser-Friedrichplatz finden an den Marktagen auch ein Hundemarkt statt. 2—300 Hunde sind dann zum Verlaufe ausgestellt. Diese Hunde, die teils noch zur Zucht, größtenteils aber als Schlachttweiden Verwendung finden, werden dann von 2 Mark an zum Verlaufe angeboten und finden auch guten Absatz. Junge Gänse zu Zwischenden waren auf dem Kaiser-Friedrichplatz reichhaltig vorhanden.

Das Auslandwandern der deutschen Jugend.

Seitdem die Absperrung Deutschlands gegen das Ausland weniger streng geworden ist, haben auch unter der deutschen Jugend die Auslandsreisen an Zahl und Ausdehnung ständig zugenommen. Dabei ging man vorwiegend von sich hingewiesen haben, oft ohne Kenntnis der Welthältnisse, insbesondere Sitten und Anschauungen des fremden Volkes, ins Ausland und kam unterwies in die Gefahr, den Auslandsdeutschen sehr peinliche Schwierigkeiten zu bereiten und dem Ansehen der deutschen Völker, als dessen typische Vertreter das Ausland eben jeden Deutschen anzu sehen geneigt ist, schaden zu schaden. Diese Gefahr der deutschen Jugendbewegung fernzuhalten, andererseits aber auch dazu beizutragen, daß die tausendfachen Hemmungen, die Auslandswanderungen deutscher Jugend immer noch (unser seit der Verordnung des Reichsfinanzministeriums über Ausreisegeldern in erhöhtem Maße) entgegenstehen, Ende April in Berlin vom Ausbruch der deutschen Jugendverbände eine selbständige „Veratungsfestung“ für das Auslandswandern der deutschen Jugend“ in Leben rufen worden, die als zentrale Stelle der gesamten deutschen Jugendbewegung hauptsächlich folgende Hauptaufgaben zu lösen hat: 1. Die Vermittlung und Beratung von Auslandswanderungen deutscher Jugend; 2. die Vorsehung für ein dem deutschen Ansehen dienliches Verhalten der Jugend bei Auslandswanderungen; 3. die Prüfung sämtlicher Ausreisen für ein geordnetes, in jedem Falle zweckmäßiges Auslandswandern der deutschen Jugend, unter Umständen eine Regulierung der Auslandswanderung nach Gründen politischer Zweckmäßigkeit; 4. die Förderung der Vorbereitung und die Leitung von Gruppenwanderungen deutscher Jugend ins Ausland durch Beratung, Auffklärung, Passbeschaffung und Aufrechterhaltung im Ausland in Zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen Behörden und sonstigen Stellen.

Die Beratungskstelle macht sich nicht eine Beurteilung der ins Ausland wandernden Jugendgruppen an; vielmehr ist für die Eignetheit der Teilnehmer an solchen Reisen die Vertreter der fünf im Ausschusse der deutschen Jugendverbände vertretenen großen Gruppen der deutschen Jugendorganismen.

Der Bahn-Münster-Vogum. Kürzlich fand die Vollendung der Industrie- u. Handelskammer Münster statt, in der man sich u. a. auch mit der geplanten Eisenbahnlinie Münster-Vogum beschäftigte. Gegen die Intensionsführung des seit 25 Jahren in Vorbereitung befindlichen Projectes einer Bahnverbindung von Münster über Lüdinghausen nach Vogum ist in den letzten Monaten erstmalig vom Redlinghäuser Interessenten Einspruch erhoben und eine Verlegung der vom A. betrauten Linie auf die Strecke Münster-Hörsinghausen auszusprechen. Der ursprüngliche Plan sah ein Hauptbahnhof bei Datteln vor, während die neue Linie über Redlingshausen Hauptbahnhof-Erfenschwid-Datteln bestritten wird. Wegen das alte Project, die sog. Stüblin'sche, außerdem von einer großen Anzahl von in Betracht kommenden Bergbaugesellschaften so schwerwiegende Bedenken hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Bergbaues und der im Zusammenhang damit in Zukunft benötigten Anlagen und Anschlußbahnen geltend gemacht worden, daß die Industrie- und Handelskammer die Auffertigung einer Denkschrift veranlaßt hat, in der diese Gesichtspunkte zum wirtschaftlichen und technischen Standpunkte zusammengefaßt dargestellt werden sollen. Die Handelskammer beschließt, den Arbeitsausschuß zu ersuchen, die zur Förderung des Projectes

im Sinne der Sublinie in Aussicht genommenen Schritte bis zur Vorlage dieser Denkschrift zurückzulegen, und erklärt sich unter der Voraussetzung bereit, auch weiterhin für das alte Projekt einzutreten, wenn es gelingt, die vom Bergbau geäußerten Bedenken völlig auszuräumen.

Abgaben vom Grundbesitz. Das Mieteingangsamt teilt mit: Im Anschluß an die Bekanntmachung des Magistrats vom 15. Mai 1924 (veröffentlicht am 17. Mai 1924) „Abgaben vom Grundbesitz“ sei darauf hingewiesen, daß der unter b) aufgeführte Zuschlag von 150 Prozent zur staatlichen Steuer vom Grundbesitz mögen als Gemeindegrundsteuer in Höhe von 50 Prozent und der unter c) aufgeführte Zuschlag von 400 Proz. zur staatlichen Grundbesitzsteuer als Hauszinssteuer in voller Höhe auf die Wohnungen oder die selbständigen Räume anderer Art nachdem Verhältnis der Friedensmiete umgelegt werden kann. Hierbei sind auch Räume zu berücksichtigen, für die nicht die gesetzlich Miets gekaft wird, oder die nicht vermietet sind. In Häusern mit Sammelheizung und Warmwasserbereitung sind für die Berechnung der der Umlage zugrunde zu legenden Friedensmieten von der am 1. Juli 1919 vereinbart gewesenen Miets zunächst die Kosten für Sammelheizung mit 7 und für Warmwasserbereitung mit 3 v. H. abzuziehen. Das gleiche gilt für sonstige in der Friedensmiete enthaltene Vergütungen, wie zum Beispiel Spiegelglasversicherung, Fahrstuhlbenutzung, fernere Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Dampf, Preßluft und dergleichen.

w. Fahrarten für den Pfingstverkehr. Die zu Pfingsten gelösten Sonntagsfahrarten der Reichsbahn haben von Freitag, 6. Juni, mittags 12 Uhr, bis Montag, 9. Juni, Gültigkeit. Sie können innerhalb dieser Gültigkeitsdauer unbeschränkt sowohl zur Hin- als auch für die Rückfahrt benutzt werden.

□ **Aufruf!** Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter (Bezirk Bochum) und der Verband der Bergarbeiter Deutschlands (Bezirk Bochum) erlassen einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: „Schon seit 14 Tagen stehen die Bergarbeiter im Kampfe für Erhaltung des Achtstundentages. Daß durch die Aussperrung große Not in den Bergarbeiterfamilien entstanden ist, befestigt kein Zweifel, da infolge der minimalen Entlohnung (in letzter Zeit besonders) keine Vorräte an Lebensmitteln angeschafft werden konnten und jeder Arbeiter nur von der Hand in den Mund lebte. Durch den Beschluß der Oberbürgermeister auf der Konferenz am 9. 5. 1924 in Essen, eine generelle Unterstützung für Bergarbeiter nicht gewähren zu können, „die Städte festgelegt sind“, wenden wir uns diesbezüglich an die Geschäftswelt und die Bevölkerung der Städte und des Landkreises Bochum zwecks Unterstützung der notleidenden Bergarbeiter. Außerdem machen wir noch darauf aufmerksam, daß wir mit den Sammellisten der Union und der R. F. D. nichts zu tun haben. Unsere Listen sind gekennzeichnet mit den Stempeln der oben erwähnten Verbände.“

X Stadttheater. Die für den kommenden Sonntag vorgesehene Erstaufführung „Carmen“ muß infolge technischer Schwierigkeiten auf Mittwoch, 28. Mai, verlegt werden. Am Sonntag, 25., findet eine Wiederholung des „Zigeunerbaron“ statt.

tu. Stenographien-Lagung. In Emmerich hat die Lagung des Westdeutschen Verbandes der Nationa- stenographie stattgefunden, die mit einer Preisvertheilung verbunden war. Auf der Lagung wurde zum Ausdruck gebracht, daß man alle Verbesserungen, die darauf hinauslaufen, aus den drei Hauptsystemen zu einem stenographischen Einheitsystem zu kommen, begrüße.

w. Vorverkauf für Wettkarten. Vom 1. Juni d. S. ab wird die Vorverkaufsfrist für Wettkarten der Reichsbahn und der Mitropakarlen von 4 auf 7 Tage verlängert.

k. Marm. In der Nacht zum Mittwoch gegen 12½ Uhr wurde die städtische Berufsfeuerwehr nach der Mairtenstraße 43 gerufen. Dort war ein Stubenbrand ausgebrochen, der leicht hätte verhängnisvoll werden können. Eine dort wohnende Frau hatte bei der Schlafengehen das Licht brennen lassen. Dadurch wurde die Tischdecke verbrannt und der Tisch angekokelt. Hätte das Feuer weiter um sich gegriffen, so wäre unzweifelhaft das Leben der Frau gefährdet gewesen.

Kein Führerschein mehr für Elektro-Kleinwagen.

Den vereinigten Anstrengungen des Reichsverbandes der Automobilindustrie und der Elektro-Kleinwagenbauenden Werke ist es gelungen, eine bedeutsame Erleichterung des Verkehrs zu erzielen. Nach einer Neuordnung des Reichsverkehrsministers ist das Fahren mit elektrischen Kleinfahrzeugen bis zu 1-Steuerscheinumkehr ohne Führerschein gestattet. Personen unter 18 Jahren dürfen solche Wagen jedoch noch nicht fahren. Der neuen Verordnung ist bekanntlich im Laufe des vorigen Jahres eine andere vorausgegangen, durch die leichte Krafttrader bis zu 1-Steuerscheinumkehr von der Führerschein- und Zulassungspflicht befreit wurden. Es tritt nun auch auf die in der Begründung des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen zugelassenen Ausnahmen Bestimmungen für Kraftfahrzeuge mit geringer Fahrgeschwindigkeit und beschränktem Verkehrsgebiete.

Aus dem Landreise Bochum.

Gemeinderat Luerenburg.

at. **Luerenburg**, 21. Mai. In der ersten Sitzung der neuen Gemeindevertretung wurden zunächst die notwendigen Gemeindevetreter für ihre Aemter verpflichtet und in ihre Obliegenheiten eingeführt. Gleichzeitig nahm die Vertretung davon Kenntnis, daß anstelle des Kreisbauinspektors August Bahrenberg, welcher das auf ihn gefallene Mandat als Gemeindevetreter niedergelegt hat, der Vergemann August Lindeberg durch den Gemeindevorstand als Ersatzmann festgestellt worden war. Lindeberg wurde ebenfalls als Gemeindevetreter eingeführt. Dann wurde Kenntnis genommen von den eingegangenen Einsprüchen des Bürgerblocks v. Th. Wedmann und Genossen gegen die Gemeinderatswahl. Vertretung schloß sich dem Beschlusse des Vorstandes mit 6 gegen 4 Stimmen an. Demgemäß wurden die Einsprüche mit 6 gegen 4 Stimmen zurückgewiesen und die Wahl für gültig erklärt. Der Einspruch Sieberg-Snoth wurde ebenfalls zurückgewiesen mit 2 Gegenstimmen. Sodann erfolgte die Auswahl des Gemeindevorstehers. Mit 6 gegen 4 Stimmen wurde der bisherige Gemeindevorsteher Bahrenberg gewählt, welcher sich zur Annahme der Wahl bereit erklärte. In der zweiten Sitzung der Gemeindevetreter Minorität protestierte gegen die Wahl des Gemeindevorstehers, weil der Vertreter der Kommunisten, gegen dessen Wahl der Bürgerblock protestiert, mitgestimmt hätte. Der neue wählte Gemeindevorsteher Bahrenberg entwidmete anwesenden Vertretern sein Programm und erklärte, er, wie bisher, zum Besten der Gemeinde wirken zu wollen. Die Unterstufungsmaßnahmen werden

Die Ausgeberten beschloß Gemeindevertretung daß entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen individuell gehoben werden soll. Ein Betrag wurde zur Verfügung gestellt. Zur Abtobung von Zermingsgeldern und Fertigstellung der von der Vergamannschiedlung übernommenen Sieblungsbauten beschließt Vertretung die Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 100 000, — Goldmark. In den Gewerbebesteuerausföhrungen wurden einstimmig gewöhlt: a) zu Mitgliebere: Kolonialwarenhandler Jakob Schmitz, Martz. 20, Herr Heinrich Hartmann, Grimbergstr. 38, Vergamann Wilhelm, Martz. 2, Knappschützälteste Gustav Hähne, Wilhelmstr. 37; b) zu Stellvertretern: Kaufmann August Feldmann, Friedriehstr. 7, Sattlermeister Gottl. Breßler, Bismelhauserstr. 12, Verginialde Friedrich Kampelcke, Wilhelmstr. 80, Vorzeichner Heinrich Schmitz, Martz. 23. In der nächsten Sitzung sollen die weiteren Kommissionen gewöhlt werden. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen beschloß Gemeindevertretung zur Deckung des Fehlbetrages für das Rechnungsjahr 1924 eine gleichmäßige Aufschlagsbemessung bei dem bebauten und abgeräumten Grundbesitz in Höhe von 150 Prozent der Steuergrundbeträge. Die Steuer ist in monatlichen Beträgen bis zum 15. jeden Monats zu zahlen. Weiter wurde die selbständige Erhebung beim Verwendung des Gemeindeanteils aus der 400 Prozentigen Grundbesitzsteuer beschlossen. Hinsichtlich der Veranlagung der Gewerbebesteuer wird die endgültige Beschlußfassung in Anbetracht der völlig ungetährten Verhältnisse und wegen der endgültig noch nicht zu errednenden Reichssteueranteile einstweilen ausgesetzt. Für das 1. Steuerverteljahr soll zunächst von den Steuerpflichtigen — möglichst im Wege der Vereinbarung — ein Steuerhorsuch, vorbehaltlich dem nächsten Verrechnung, auf die endgültig festzusetzende Jahresgewerbesteuer erhoben werden. Der Gemeindevorsteher wird ermächtigt, mit den Groß- und Kleingewerbetreibenden Steuerhorsuchvereinbarungen abzuschließen. Endgültige Beschlußfassung wegen der zu erhebenden Summenbeträge soll später erfolgen. Die Sitzung fand unter dem Zeichen der Wahlmächten. Die etwa 200 Köpfige Zuhörerschaft im großen Saalbesäule Saale war Zeuge leibenschaftlicher Debatten, die im Interesse des Gemeindegüts besser unterbleiben wären. Soffentlich stehen die späteren Sitzungen unter dem Zeichen ruhiger, sachlicher Arbeit. Nur so kann der Gemeinde und ihren Einwohnern gedient werden.

Zaer, 21. Mai. Die Polizeiverwaltung des Amtes Bochum-Süd in Altenbochum schreibt uns: In Ihrer heutigen Zeitung bringen Sie einen Artikel, wonach die Polizeibehörde von Zaer den Vergarberten bei der Einfammlung von Geldern für die ausgeperrten Arbeiter Schwierigkeiten gemacht hat. Die Polizeiverwaltung des Amtes Bochum Süd, wozu auch die Gemeinde Zaer gehört, befindet sich in Altenbochum. Bei der Polizeibehörde ist aber aus Zaer bezüglich Einfammlung von Geldern niemand vorstellig geworden. Es kann sich aber nur um die Gemeindeverwaltung in Zaer handeln, die aber für polizeiliche Angelegenheiten nicht zuständig ist. Hierzu muß noch bemerkt werden, daß die Genehmigung zur Einfammlung von Geldern von der Polizeibehörde nicht erteilt werden kann, sondern daß dazu ausschließlich der Oberpräsident zuständig ist.

sc. Bern 21. Mai. Veränderungen im Straßenbahnverkehr. Vor dem Amtshause werden zurzeit am Gleisene der Weßfällischen wie der Dörmum-Gelfentfchener Straßenbahn Veränderungen vorgenommen und zwar findet eine Verbindung beider Rege statt. Nach Fertigstellung der Arbeiten werden die Wagen der Dörmum-Gelfentfchener Straßenbahn, welche bisher am Amtshause ihre Endstelle hatten, bis zum Personenbahnhof Langendreer d. u. e. a. f. h. werden und dort ihre Endstelle haben, während die Weßfällische Straßenbahn einen Ringbahnverkehr zwischen dem Personenbahnhof Langendreer-Berne und Bülgendortmund und umgekehrt einrichtet. In Berne werden von dieser Bahn die Wermer- und Poststraße wie der Hellweg berührt, und zwar werden vom Amtshause aus die alten Gleise der Dörmum-Gelfentfchener Straßenbahn benutzt werden. Gemeinderat, Freitag, 23. b. M., nachm. 4 Uhr findet im Sitzungssaale des Amtshauses die erste Sitzung der neugewählten Gemeindevertretung statt. — Der Unterricht in der gewerblichen Berufsschule hat wieder begonnen. Diejenigen Schulpflichtigen (männliche Jugendlichen unter 18 Jahren), welche ihre Anmeldebüchlein noch nicht genügt haben, werden darauf hingewiesen, daß Schulverordnungen bestraft werden. Auch sei auf die Meldepflicht der Arbeitgeber besonders aufmerksam gemacht. — Der 1. diesjährige Schweinemarkt findet Freitag, 23. Mai, auf dem Hefelmarttplatz statt. Es ist ein großer Auftrieb von Zerkochern zu erwarten. — Die Freiwillige Sanitätskolonne wurde durch einen plötzlich telefonisch veranlassenen Alarm zu einer Uebung aufgerufen. Das Eintreffen der Mitglieder und die Uebung der gestellten Aufgabe vollzogen sich aber rasend schnell und ordnungsmäßig. Der Uebung wohnten u. a. der Vorsitzende des Mühr-Emscherverbandes der Sanitätskolonnen, Kaufmann Julius Mummehoff-Böckum, und als Vertreter der Gemeinde Berne der Gemeindevorsteher Schula bei. Beide Herrschaften auch an der Kritik teil und sprachen sich hierüber lobend über die Organisation, wie die Ausführung der gestellten Aufgabe aus. Nach der Uebung fand ein Beisammensein im Vereinsheim der Kolonne statt. — Sitzung. In der Zeit vom 23. Mai bis 2. Juni findet in der Wirtschaft Bierckens, Roonstraße, die Sitzung der Maße und Gewichte statt.

Aus der Nachbarschaft.

* **Eifel, 21. Mai. Kinderspeisung.** In 19. Mai 1924 hat die amerikanische Kinderspeisung gewonnen. Es werden 16 Prozent sämtlicher Schulkinder in den Schulen gespeist, für ein Drittel aller zu speisenden Kinder werden die Kosten von der Gemeinde übernommen, insbesondere für alle Schulkinder der Arbeitlosen.

h. Wattenweid, 21. Mai. Festkühn
Samstag, 24. Mai, finden auf den Reigen Centru
und Morgenröthe von 7—10 Uhr vorm. Refli
nungen statt. — Der Luftschacht der Ze
Centrum 2-5 in Veitthe ist heute morgen von d
Arbettern stillgelegt worden. Somit ist die Lu
zufuhr für den Schacht Centrum 2-5 gefährd
— Der Plan über die Herstellung einer unte
irdischen Telegraphenlinie in der C
trum- und Bochumerstraße in Wattenweid k
beim Postamt in Wattenweid von heute an d
Wochen aus. — Der vor einiger Zeit von Ein
nach an der Bochumerstraße abgestürzte Klein
gehilfe Rant ist im hiesigen evang. Krank
hause gestorben. — Klavierabend im Ch
nastum. Sonntag nachmittag fand in der W
des Gymnasiums ein Rudolf-Peters-Klavierab
statt. Peters hat sein großes Können als Kom
pist und Klaviervirtuose bei der Veranstaltung
weisen. Die Veranstaltung wurde von Pet
mit Werken eigener Komposition eingeleitet. D
nächst Bräudium und Fuge im alten Stil.
streng, fast bachisch gearbeitetes Werk voll ed
Vinführung. Dann Adagio aus der Klavi
sonate in E-moll op. 5. Das Hauptthema

Werke erfüllt breit und führt in ungeheure Betten, ohne allerdings tief Seelisches zu geben. Der Kompositist ist in erster Linie Melodist. Das letzte Werk war eine Phantasie in G-moll, die durchgearbeitet und reich an Empfindung und Einfällen. Im weiteren Verlauf des Programms gab es dann Mozarts H-bur-Sonate, welche wohl nicht so gut geriet. Allerdings gehört zu diesen feinem letzten Perlenketten Mozarts auch ein recht gutes Instrument, was man von dem südtiroler Flügel nicht sagen kann. Den Schluß bildete Schumanns G-moll-Sonate und drei Werke Schuberts. Schumann wurde tief lebensfrohtlich und ernst wieder gegeben. Das Werk war ein direktes Erlebnis. In allen Nuancen von Dynamik durch feinste Behandlung des Pedals und meisterhaftesten Anschlag der kündenloser Technik konnte sich Rudolph Peters dann auch als Klaviervirtuose der begeisterten Zuhörer dar zeigen.

li. **Wenden**, 21. Mai **Volksföchen**. Um die
 Rot zu lindern, beauftragten die Gemeinden des Amtes
 die Volksföchen zu jeder in Betrieb zu nehmen. Die
 Eingekessenen, die Essen zu begehren wünschten, wollten
 sich sofort in den Schreibstuben unter Angabe der Zahl
 der Angehörigen und der Zahl der zu beziehenden Por-
 tionen melden.

15. Stiepel, 21. Mai. Verhinderte Kossackdarbeiten. Von einer Anzahl Frauen und Kinder wurden die Kossackarbeiter der Zechen Carl Friedrich an der Einsahrt gehindert und die noch Beschäftigten herausgeholt. Später erschienen Polizeiwärter um die Kozlen zu hohlen. Die Polizei mußte eingeehrt werden. — Der Händler B. und der Bergmann D. beide aus Bochum, waren in Geldverlegenheit. Um sich herauszuhelfen, so haben sie in Dülmen ein Pferd von der Weibe. Beim Verlust, es in Stiepel abzugeben wurden sie abgefaßt. Die Litter sind beide unbeskräft und werden sich nun zu verantworten haben.

* Binden-Dahlhausen, 21. Mai. Abgegeben Wahl. Die zum Gemeindevorstandern am 4. Mai gewählte Frau Berla Dahlhaus vom Wahlvorschlag (1) hat die Wahl nicht angenommen. An ihre Stelle tritt, nachdem die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlags die Reihenfolge in der Bewerberliste nicht geändert hat, der Bergmann Wolf Schirmer, Im Wolsa 14, hieselbst.

th. Buchholz, 21. Mai. Bei einem heftigen Gewitter, welches frühmorgens hier niederhingefiel, wurde der Blitz in die Besetzung des Ritters G. Krumpholtz geschlagen. Zum Glück hat der Blitz nicht gezündet; es ist nur ein kleiner Schaden in der Küche entstanden.

* **Altendorf, 21. Mai.** Personalnachrichten. Durch Verfügung des Regierungspräsidenten zu Arn-
berg ist unter Entbindung des Gerichtsrates Hein-
rich Kuthmann hierseits von seinen landesamtlichen
Collegenheiten, der Vorgesetztenassistent Heinrich
Wittkopff hierseits, zum Stabesbeamten für den
Stabesamtsbezirk Altendorf (Ruhr) ernannt worden.
Ferner ist der Verwaltungsgehilfe Johannes Biele-
feld zu Altendorf (Ruhr) zum 2. Stabesbeamten
Stellvertreter für den Stabesamtsbezirk Altendorf
(Ruhr) unter Entbindung des Hauptlehrers Kempe
hierseits von seinen landesamtlichen Obliegenheiten be-
stellt worden.

* **Wanne, 21. Mai.** Die Postagentur Wanne (Hindenburgstraße) wird vom 1. Juni an durch eine an Hafen gelegene Postfiliale mit Telegraphenbetrieb „Wanne Hafen“ ersetzt. Im Hause Hindenburgstraße 240 wird eine amliche Verkaufsstelle von Wertzeichen und Vordrucken eingerichtet werden.

Aus den Provinzen.

st. **Münster, 21. Mai.** Die Stadt Münster ist jetzt längere Zeit in einen Prozeß verwickelt, der zufolge von Lebensmittelforderungen eine Firma Lyon während der Inflationszeit einstanden ist. Im Verlaufe dieses Prozesses war ein Vergleichsvorschlag gemacht worden, wonach die Stadt 25 000 Gulden statt der geforderten 60 000 bezahlen sollte. Die Firma Lyon hat den Vergleichsvorschlag abgelehnt, so daß der Prozeß nunmehr seinen Fortgang nimmt.

u. M.-Stadtth. 21. Mar. Polizeibeamte
eröffneten. Nachts gegen 1 Uhr wurde an
den Polizeiwachtmeister Paulzen aus dem Stadt-
th. Waidhausen auf einer Revolversfahrt durch Hei-
den vom einem Unbekannten ein Schuß abgegeben, der
ihn in den Unterleib traf. Paulzen wurde in ein
Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb. Der
Täter ist entkommen. Die Kriminalpolizei hat di-
e Untersuchung sofort aufgenommen. Paulzen hi-
erläßt eine Frau mit vier Kindern. Wie es heißt,
soll Paulzen an der betreffenden Stelle sein Rade-
gefuhr und den Unbekannten gefragt haben, wo
er zu so später Stunde noch da mache, worauf
als Antwort den Schuß erhielt. — Abbl. v. d. d.
Unfall. Auf der Volksgartenstraße scheute ein
Pferd und überrannte einen Kinderwagen. Der
in demselben befindliche Kind erlitt so schwere
Verletzungen, daß es alsbald starb, während der
den Wagen führende Mädchen durch schnelles Ein-
wärtsspringen vor Unheil bewahrt blieb.

u. Bonn, 21. Mai. Unterwärtsgebildeten. Eine aus Vertretern der Studentenvereine und der Professoren zusammengesetzte Kommission zur Prüfung der Gebührensfrage ist zu dem Ergebnis gekommen, daß insbesondere die neue Studiengebühr zu hoch festgesetzt ist und unerträgliche Härten enthält. Die Einzelvor schläge zur Herabsetzung sind an die zuständigen Zentralstellen weitergeleitet worden.

u. Sonn., 21. Mai. Hagelschlag. Ein
schweres Gewitter mit Hagelschlag verheerte die
Feldern und Gärten in den nördlichen Vororten
von Bonn und den südlichen Ortlichkeiten des Sa-
arbezuges. Am schlimmsten haben Wasser und Ha-
gel in Alfster geherrscht. Hunderttausende Sa-
arpflanzen sind vom Hagel, der in Stößen von
3-4 Zentimeter Durchmesser herabgebrochen ist,
zertrümmert worden, tausende von Tomatenpflänz-
chen erst in den letzten Tagen ausgepflanzt waren
wurden vernichtet, Obstbäume und -sträucher haben
schwer gelitten.

u. **Koblenz**, 21. Mai. Aufwertung v
Erguthaben. Die Stadtsparkasse in K
lenz hat grundsätzlich beschlossen, neben der du
die Steuererhöhung vorgehene Aufwertung
der Spareinlagen noch eine weitere Aufwertung
vorzunehmen. Die Mittel hierfür sollen, so
dies gesetzlich zulässig ist, aus dem Geschäftser
der Sparkasse für das Jahr 1924 und eventu
der späteren Jahre entnommen werden. Ue
die Art der weiteren Aufwertung werden besonde
Bestimmungen erlassen.

u. Andernach, 21. Mai. Betriebsstillegung. Das hiesige Kalteisenwalzwerk Ren-
ban der Bypen u. Co. steht sich gezwungen,

Verordnungen der Befahungs-Behörde.

Im Hauptquartier, den 28. April 1924.

Instruktion

für die Anwendung der Verfügung Nr. 114, die sich auf die Herstellung, den Handel, den Besitz und den Transport der Waffen und Munitionen bezieht.

I. Anwendung der Artikel 2 und 3.

a) Die Erlaubnisscheine zum Tragen von Waffen und Munitionen, mit Ausnahme der Jagdwaffen und der Jagdmunitionen werden folgende Form haben:

A. Beamte der öffentlichen Macht.

1. Städtische Polizei, Gendarmen, Zollbeamte, Förster: Karte Modell A. (Modell im Anhang ersichtlich.)
2. Kriminalpolizei: Karte Modell B. (Modell im Anhang ersichtlich.)

B. Private Wächter.

Karte Modell C. (Modell im Anhang ersichtlich.)
b) Werden allein genehmigt sein selbsttragende Pistolen und Revolver, deren Laufgänge geringer sind als 10 Zentimeter, oder deren Kaliber nicht größer ist als 6,3 Millimeter, sowie die den soeben bezeichneten Waffen entsprechenden Munitionen.
Jede Abweichung von dieser Regel wird der Genehmigung eines speziellen Befehls, das der Entscheidung des kommandierenden Generals unterworfen ist (B. A. C.).

c) In keinem Falle werden die Träger von Waffen ermächtigt sein, mehr als 20 Patronen bei sich zu haben.

II. Anwendung des Artikels 3.

Die Gesuche zur Erlangung von Erlaubnisscheinen zum Tragen von Waffen und Munitionen, die für die privaten Wächter, für die Wächter von einzelnen Anstalten etc. bestimmt sind, werden durch die Divisionskommandeure dem kommandierenden General zur Entscheidung unterbreitet. Die Divisionskommandeure werden den Gesuchen ihre Ansicht und ihre Bemerkungen hinzufügen.

III. Anwendung des Artikels 5.

a) Die Erlaubnisscheine zum Tragen der Jagdwaffen und der Jagdmunitionen entsprechen dem dieser Instruktion beigefügten Modell D.
b) Kein Erlaubnisschein kann für das Tragen von mehr als zwei Jagdwaffen ausgestellt werden. Die Nummer jeder Waffe muß auf dem Erlaubnisschein eingetragen sein.
c) Die sogenannte Jagdwaffe wird nur als solche angesehen, wenn sie folgender Bedingung entspricht: Die Waffe darf keine Kammer haben; deren Konstruktion die Verwendung von einer Kriegsmunition gestattet, wie sie teils in den fremden Armeen, teils in der deutschen Armee im Gebrauche ist.
Infolgedessen sind die einzigen Waffen, die zur Ausübung der Jagd gestattet sind, folgende:

1. Die Schrotflinten mit einem Lauf oder mit zwei Läufen.
 2. Die gemischten Schrot- und Kugelflinten (Flinten mit einem Lauf oder mit zwei Läufen).
 3. Die Stutzen von der Art der Flobert.
- Sind verboten:
1. Alle Jagdschlingen mit Ausnahme der Stutzen (Stutzenflinten), von der Art der Flobert.
 2. Alle Arten von Drillinggewehren.
- d) Die die Infanteriedivisionen kommandierenden Generale sind verpflichtet, denjenigen Personen ihre Erlaubnisscheine zum Tragen von Waffen und Munitionen zu erteilen, denen in Ausführung der deutschen Gesetze ihre Jagdscheine entzogen worden sind. Diese Generale werden die deutschen Behörden dahin instruieren, daß sie perloßlich von der Entziehung der Jagdscheine zu benachrichtigen sind.
- IV. Anwendung der Artikel 3 und 5.
- Die Gebühren von 25 Goldmark (Art. 3) und von 100 Goldmark (Art. 5) werden bei der Aushändigung der Erlaubnisscheine an die in Frage kommenden erhoben.
- Der Ertrag wird von den, die Infanteriedivisionen kommandierenden Generalen an den kommandierenden General (B. A. C.) gesandt, gleichzeitig mit den Erträgen der Verlehrssteuern und auf demselben halbmonatlichen Rekapitulations-Stat.
- V. Anwendung des Artikels 6.
- Die Gendarmen und die Beamten der Sicherheitspolizei sind beauftragt, die von den Wächsmachern gehaltenen Register zu kontrollieren.

- VI. Anwendung des Artikels 8.
- Die die Infanteriedivisionen kommandierenden Generale werden die notwendigen detaillierten Befehle erteilen, damit die Waffen und Munitionen, deren Besitz nicht erlaubt ist, ihnen in der kürzesten Frist ausgeliefert werden.
- Die Jagdwaffen und Jagdmunitionen werden mit einem auf den Namen des Besitzers lautenden Zettel versehen und in einem guten Zustand aufbewahrt.
- VII. Anwendung des Artikels 11.
- Die Gesuche betreffs einer Transportgenehmigung werden in 7 Exemplaren aufgestellt.
- Diese mit der Entscheidung der zuständigen Militärbehörde versehenen Exemplare werden von dieser Behörde wie folgt verteilt:
1. Exemplar geht an den Ansucher zurück.
 1. Exemplar wird in den Archiven derjenigen Militärbehörde aufbewahrt, von der die Entscheidung ausgeht.
 2. Exemplare werden an die C. F. C. (Unterkommission in Essen), oder an die C. F. A. C. (Regulierungskommission des Rhein-Herne-Kanals in Essen) gesandt, je nach dem Transportmittel, das ins Auge gefaßt wird.
 1. Exemplar wird an die D. G. C. A. U. gesandt.
 2. Exemplare werden an das Ausrüstungskomitee in Düsseldorf gerichtet (C. F. C.).
- Der kommandierende General:
Degoutte.

Vorderseite	
Befahungs-Gebiete Modell A (rote Karte) Erlaubnisschein zum Tragen von Waffen und Munitionen Gültig bis zum 1. Januar 192— Stadtpolizei, Gen. armen, Förster, Zollbeamte (in Uniform)	Modell A (rote Karte) Die zur Aushändigung des Erlaubnisscheines zum Tragen von Waffen und Munitionen befugte Behörde. Der die Infanteriedivision kommandierende Gener. Generalstab (B. A. C.)

Rückseite	
Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe u. Zahl der Munitionen) Unterschrift der Militärbehörde	Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes im Besitze zu haben und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe und Zahl der Munitionen) Hauptquartier, den 192— Der die Infanteriedivision kommandierende General Unterschrift

Vorderseite	
Befahungs-Gebiete Modell B (weiß-blau Karte) Erlaubnisschein zum Tragen von Waffen und Munitionen Gültig bis zum 1. Januar 192— Kriminalpolizei	Modell B (weiß-blau Karte) Die zur Aushändigung des Erlaubnisscheines zum Tragen von Waffen und Munitionen befugte Behörde. Der die Infanteriedivision kommandierende Gener. Generalstab (B. A. C.)

Rückseite	
Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe u. Zahl der Munitionen) Unterschrift der Militärbehörde	Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes im Besitze zu haben und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe und Zahl der Munitionen) Hauptquartier, den 192— Der die Infanteriedivision kommandierende General Unterschrift

Vorderseite	
Befahungs-Gebiete Modell C (weiße Karte, weiß-blau gestreift) Erlaubnisschein zum Tragen von Waffen und Munitionen Gültig bis zum 1. Januar 192— Wächter	Modell C (weiße Karte, weiß-blau gestreift) Die zur Aushändigung des Erlaubnisscheines zum Tragen von Waffen und Munitionen befugte Behörde. Der kommandierende General (B. A. C.)

Rückseite	
Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe u. Zahl der Munitionen) Unterschrift der Militärbehörde	Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes im Besitze zu haben und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe und Zahl der Munitionen) Hauptquartier, den 192— Der die Infanteriedivision kommandierende General Unterschrift

Vorderseite	
Befahungs-Gebiete Modell D (weiße Karte, rot gestreift) Erlaubnisschein zum Tragen von Jagdwaffen und Jagdmunitionen Nummer	Modell D (weiße Karte, rot gestreift) Die zur Aushändigung des Erlaubnisscheines zum Tragen von Jagdwaffen und Jagdmunitionen befugte Behörde. Der die Infanteriedivision kommandierende Gener. Generalstab (B. A. C.)

Rückseite	
Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe u. Zahl der Munitionen) Unterschrift der Militärbehörde	Platz für das Lichtbild Name Vorname Alter Beruf Wohnsitz Ist ermächtigt, zur Ausübung seines Amtes im Besitze zu haben und nur während des Dienstes zu tragen. (Art der Waffe und Zahl der Munitionen) Hauptquartier, den 192— Der die Infanteriedivision kommandierende General Unterschrift

Strumpfwaren / Unterkleidung

für den Sommer.

Seit mehr als 50 Jahren werden diese Abteilungen, die den guten Ruf des Hauses begründet haben, ganz besonders gepflegt. Vorrätig sind jetzt wieder alle Qualitäten und Größen, auch Extra-Größen und -Weiten.

Nur langjährig erprobte Spezial-Qualitäten zu niedrigen Preisen!

Erstklassiges Spezial-Geschäft

Mertens

SÖHNE

Bochum, Obere Marktstraße 39

Reparaturen

an Nähmaschinen, Fahrrädern, Motorrädern und Grammophonen werden billig und bestens ausgeführt bei
A. Wolters, Bochum, Friedrichstraße 9.

Wer Stoff hat

zur Unterfertigung nach Maß beste Zutaten, umändern Reparaturen u. Ausbügeln zum billigen Preise bringen denselben nach der **Bochumerstr. 116.**

Meine Befehle

schicken sich insbesondere durch folgende Vorsätze aus:
1. Die Unterlage besteht aus einem harten, silberweißen Alu-Metall.
2. Für die ansehnliche Silberauflage wird höchste Garantie geleistet.
3. Dieselben erweisen das beste Ergebnis, da sie im Aussehen und Gebrauch von denen nicht zu unterscheiden sind.

Somborg
Bochum, Hochstraße 2.

Hypothekendarlehen

auf gute Objekte werden an 1. Stelle abgegeben. Auszahlung in Goldmark. **Kred. unt. 20.750** an die G. G. d. B.

Chemisch-technisches Laboratorium und Beratungsbüro

Dr. P. Güttes
von der Handelskammer und Gerichten in Bochum vereidigter und öffentlich angestellter Sachverständiger
Wilkenstr. 18 Bochum Telefon 738
Untersuchungen, Gutachten, Beratung in allen chemisch-technischen Fragen für Industrie, Handel und Gewerbe. Spez. Brennstoffe, Tierprodukte und Schmiermittel

Todes-Anzeige.

Gestern abend um 8 Uhr erlöste Gott durch einen sanften Tod von ihrem mit großer Geduld ertragenen Leiden meine geliebte Nichte

Fräulein Marie Dörr

im Alter von 49 Jahren.

In tiefer Trauer:

Lina Dörr und Familie.

Hordel, Düsseldorf, Wetzlar, Gevelsberg, Dortmund, Basel, Barmen, den 18. Mai 1924.

Die Beerdigung findet vom Sterbehause in Wetzlar, Schwanengasse 21 aus statt am Donnerstag, den 22. ds. Mts., 8 Uhr nachmittags. Trauerfeier 1/4 Stunde vorher.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute 11 1/2 Uhr meine innigstgeliebte Frau und treusorgende, liebste Mutter, Schwester und Tante, die

Ehefrau Clara Leiser

geb. Oppenheimer

im allzufrühen Alter von 41 Jahren.

Um stille Teilnahme bitten

Im Namen der Hinterbliebenen:

Benjamin Leiser,
Hilde Leiser.

Laer, den 21. Mai 1924.
(Kreis Bochum)

Die Beerdigung findet Freitag, den 23. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr vom Friedhof Wilmelhauserstraße bezw. 3 Uhr vom Augusta-Krankenhaus aus statt.

Besetzte
Stadttheater

Bochum-Duisburg.

Donnerstag, 22. Mai.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

10. bis 10. 10.

Sommer Pelze



Albert Gompertz

Werksätten · feiner · Pelzwaren.

Bochum.

Friedrichstraße 5, Fernruf 428.

Ihre Vermählung geben bekannt:
Karl Oberhagemann und Frau
Elisabeth geb. Sudhoff.
Altenbochum, den 22. Mai 1924.

Würstholer
Blasen- und
Nieren-Tee
allein echt
Würstholer
Krieterhaus
R. Marnach,
Viktoriastraße 3

Schäferhund
ausgelesen.
Abzugeben
Dortmunderstr. 40.

Wohnungstausch.

Guthe meine im Ehrenfeld gelegene Wohnung, 5 Zimmer, Küche und Badestube gegen eine gleichwertige Wohnung, 4 Zimmer, Küche, Badestube und Kellerräume, gleichfalls im Ehrenfeld gelegen, zu tauschen. Gef. Angebote u. S. G. 500 an die Geschäftsst. d. Stg.

Wohnungstausch Düsseldorf-Bochum

Geboten wird in Düsseldorf eine 2-Zimmer-Wohnung in Küche. Gefragt wird eine gleichwertige Wohnung in Bochum. Gebenmann
i. Sa. Gebr. Gieseler, Maschinenfabrik Bochum, Allee 70.

Täglich abends 7 Uhr

die mit Riesenerfolg aufgenommenen

Münchener Bierteste

im Buntten Theater der Tonhalle

Eintritt frei!

Oberlandier Stimmungskapelle

(15 Mann)

unter Leitung des Kapellmeisters Döring.

Echt Münchener Pschorr

in halben und ganzen Litern.

Der Wunsch des Bochumer Publikums, sich mit wenig Geld angenehm zu zerstreuen, ist erfüllt.

Otto Köddewig Bochum

Telefon: Geschäft 3125, Privat 2469

Ausführung von

Elektrischen Licht-, Kraft- u. Schwachstrom-Anlagen

sowie aller vorkommenden

Reparaturen.

Solange Vorrat reicht, empfehle:

Weinbrand Hausmarke

Barenberg Drei Kronen

3/4 Ltr. Flasche . . . 2,50

1 " " . . . 3,—

A. Barenberg, Bochum

Rottstraße 8/10. Fernsprecher 244.

Gut und billig.

Bürgerlicher

Wittig u. Abend

tisch.

Marktplatz 3.

(Alter Markt).

Architekt, Lehrer d.

Beruf u. Gewerbe

schule Bochum, sucht

für sofort

1 od. 2 möbl. Zimmer.

Off. u. S. W. 20 an

die Geschäftsst. d. Stg.

Stellen-Angebote

Tägl. bis 10 Mark

zu verdienen.

Näheres im Prospekt

(mit Garantiechein).

Bo. S. 5. 5. 5.

Abwesenverlag

Bo. 948.

Mädchen

welches zu Hause

schlafen kann, für

1. Hausarbeit sofort

gesucht.

Schweigger & Hosen,

Wagnerstr. 30.

Suche am baldigen

Eintritt erfahrene

ältere

Mädchen,

nicht unter 18 Jahren

mit guten Zeugnissen.

Fr. an Marfischer

Saltern.

Wanne

Blomarstr. 23.

Kaufgesuche

Weder kleine runde

Tische

zu kaufen gesucht.

Off. u. S. W. 100 an

die Geschäftsst. d. Stg.

Tennischläger

zu kaufen gesucht.

Wittenerstr. 57 III.

Verkaufe

Zweifamilienhaus

in Altem mit großem

Bier u. Gemüsegart.

34 verlaufen.

Off. u. S. W. 24130

an die Geschäftsst. d. Stg.

Schönes fast neues

Kinderbett

preiswert zu verk.

Dortmunderstr. 276.

Starke, saubere

Küchen- u. Wohn-

zimmer-Stühle

billig bei

Schmidt, Bochum,

Roonstraße 37,

Nähe Marienstraße.

Großer Lagerraum

mit Keller für sofort zu mieten

gesucht. Schriftliche Angebote

wolle man unter 24021 an die

Geschäftsst. dieser Zeitung richten.

Indus Kind

baum

Pflanzensamen

Westfalen

aus der

Feinbäckerei

Conrad Gombert

Inh.: Hugo Kacker, Fernspr. 503

Bochum, Hellweg 4

Berlin, den 21.

gez. Werner.

gez. Gieseler.

Starke Behind

Serne, 22. Ma

richtenden Beamten

Beitrag auf der S

Teil schwer misha

mit der Waffe, son

schweren Kampf zu

den Polizeistreifen

voraus, um das die

zu warnen. Soba

meist sich die rauf

raufstiege gegen ihr

gen am Betreten d

Die Zustände i

tes Schlaglicht d

welcher folgenden

Um die zur M

dingt notwendigen

unser Beamten u

hiermit bekannt

welche unsere Beam

der Bege Hausfrie

Eco?

Nur eine Frage von wenigen Tagen

Eco?

Nur eine Frage von wenigen Tagen